

Bachelorarbeit im Fach Politikwissenschaft

Polarisierung geschlechtergerechter Sprache

**Eine empirische Analyse anhand von Individualdaten,
Bundestagsanträgen und Facebook-Posts**

vorgelegt von

Jakob Krueger

Kruege4c@students.uni-marburg.de

Matrikelnummer: 3583647

aus

Halle (Saale)

Marburg, 2024

Erstgutachterin: Prof. Dr. Isabelle Borucki, borucki@uni-marburg.de

Zweitgutachterin: Stine Ziegler, stine.ziegler@uni-marburg.de

Abgabedatum: 23.08.2024

Inhalt

1. Einleitung	1
2. Theorie	2
2.1. Geschlechtergerechte Sprache	2
2.2. Bundestagsanträge	6
2.3. Populismus	8
2.4. Polarisierung geschlechtergerechter Sprache	14
2.4.1. Vier Ungleichheitsarenen	15
2.4.2. Wir-Sie-Arena	16
2.4.3. Triggerpunkte	17
2.4.4. Sozialstrukturelle Polarisierung	18
2.4.5. Polarisierungsunternehmer	18
2.5. Theoretische Überlegungen	19
2.5.1. Definitionen	19
2.5.2. Analyse von Individualdaten	19
2.5.3. Analyse von Bundestagsanträgen	19
2.5.4. Analyse von Facebook-Posts	20
3. Analyseebene 1: Individualdaten	21
3.1. Methodik	21
3.2. Datenanalyse und Ergebnisse	22
3.3. Auswertung	23
4. Analyseebene 2: Bundestagsanträge	25
4.1. Methodik	25
4.2. Datenanalyse und Ergebnisse	26
4.3. Auswertung	28
5. Analyseebene 3: Facebook-Posts	29
5.1. Methodik	29
5.2. Datenanalyse und Ergebnisse	33
5.3. Auswertung	36
6. Zusammenfassung	38

Anhang	40
A. Literaturverzeichnis	40
B. Tabellen und Abbildungen	46
C. Codebuch	54
D. R-Code	67
E. Eidesstattliche Erklärung	68

Tabellenverzeichnis

3.1. Regressionsmodelle zur Ablehnung geschlechtergerechter Sprache. Daten: Sprache und Identität (2022). Eigene Berechnung.	24
B.1. Multikollinearität des linearen Modells. VIF-Werte	47
B.2. Multikollinearität des logistischen Modells. VIF-Werte.	48
B.3. Gesamtzahl der Anträge	48
B.4. Anträge pro Tag nach Wahlperiode	48
B.5. Anträge pro Tag nach Jahr	49
B.6. Anträge, die geschlechtergerechte Sprache thematisieren	49
B.7. Anträge pro Tag, die geschlechtergerechte Sprache thematisieren nach Wahlperiode	49
B.8. Anträge pro Tag, die geschlechtergerechte Sprache thematisieren nach Jahr	50
B.9. Gesamtzahl der Posts	50
B.10. Posts pro Tag nach Wahlperiode	50
B.11. Posts pro Tag nach Jahr	51
B.12. Posts, die geschlechtergerechte Sprache thematisieren	51
B.13. Posts pro Tag, die geschlechtergerechte Sprache thematisieren nach Wahlperiode	51
B.14. Posts pro Tag, die geschlechtergerechte Sprache thematisieren nach Jahr .	52
B.15. Posts mit Hauptthema geschlechtergerechte Sprache	52
B.16. Posts pro Tag mit Hauptthema geschlechtergerechte Sprache nach Wahlperiode	52
B.17. Posts pro Tag mit Hauptthema geschlechtergerechte Sprache nach Jahr .	53

Abbildungsverzeichnis

4.1. Bundestagsanträge der Fraktionen/Gruppen zwischen 2017 und 2024 – Gesamt, nach Wahlperiode, nach Jahr. Eigene Abbildung (geS = geschlechtergerechte Sprache)	27
5.1. Marktanteile verschiedener Social-Media-Plattformen im Zeitverlauf (10/2017–06/2024). Datengrundlage: Statcounter GlobalStats. Eigene Abbildung	31
5.2. Facebook-Posts der Bundestagsparteien zwischen 2017 und 2024 – Gesamt, nach Wahlperiode, nach Jahr. Eigene Abbildung (geS = geschlechtergerechte Sprache)	35
5.3. Populismusgrad der Facebook-Posts zu geschlechtergerechter Sprache (geS) zwischen 2017 und 2024. Eigene Abbildung	36
B.1. Homoskedastizität des linearen Modells	46
B.2. Verteilung der Residuen des linearen Modells	47

1. Einleitung

Bei wenigen Themen geht das Diskussionsklima wie auf Knopfdruck so sehr durch die Decke wie beim „Gendern“. Ein großer Treiber dieser Polarisierung sind die Medien und die Parteien – oft Akteure, die selbst von einer (behaupteten) Polarisierung profitieren. Dabei scheint es, dass vor allem die AfD das Thema immer wieder auf den „Markt“ bringt, gern versehen mit der vorwurfsvollen Frage, ob wir denn nichts besseres zu tun hätten, als uns mit solchen Scheinproblemen auseinanderzusetzen. Doch stimmt das? Und wie ließe sich das quantifizieren? Auf diese Fragen gibt diese Arbeit eine Antwort. Untersucht wird anhand dreier Analyseebenen, ob die Ablehnung geschlechtergerechter Sprache von irgendwelchen sozialstrukturellen Merkmalen abhängig ist, welche Fraktionen geschlechtergerechte Sprache im Deutschen Bundestag thematisieren und ihr so einen parlamentarischen Raum geben und zuletzt welche Parteien geschlechtergerechte Sprache auf Facebook thematisieren und sich dabei populistischer Praktiken bedienen.

Die gesellschaftliche Relevanz dieses Themas spiegelt sich in zahlreichen Debatten auf Social Media oder im Alltag wieder, in denen mehr auf emotionaler denn rationaler Ebene gestritten wird. Aus politikwissenschaftlicher Sicht ist einerseits die Anwendung der neuen theoretischen Ansätze von Steffen Mau, Thomas Lux und Linus Westheuser (2024) interessant, aber auch die Erschließung von Bundestagsanträgen als Untersuchungsobjekt politikwissenschaftlicher Forschung. Letzteres verleiht dieser Studie einen explorativen Charakter.

Im ersten Teil der Arbeit wird ein theoretisches Fundament zur Bearbeitung der Fragestellungen gebaut. Im Fokus stehen geschlechtergerechte Sprache als wissenschaftliches wie auch gesellschaftliches Objekt, Bundestagsanträge, Populismus und zuletzt die Polarisierung der Gesellschaft und geschlechtergerechter Sprache. Im Anschluss an die Theorie werden die abgeleiteten Hypothesen empirisch gemessen – zuerst anhand von Individualdaten, dann von Bundestagsanträgen und schließlich von Facebook-Posts. Eine Zusammenfassung schließt die Arbeit mit einem Überblick über die roten Fäden dieser Studie sowie einem Ausblick.

2. Theorie

Im Folgenden werden zuerst Grundlagen gebende theoretische Aspekte mit dem aktuellen Forschungsstand angereichert. Zu Beginn wird auf geschlechtergerechte Sprache eingegangen. Dabei wird die aktuelle wissenschaftliche Debatte kritisch beleuchtet und die Kernpunkte des Diskurses hervorgehoben. Auch die empirische Seite der Forschung kommt zum Tragen, wie auch Formen der (gesellschaftlichen) Ablehnung geschlechtergerechter Sprache und die Gründe für das Ausmaß der bestehenden Polarisierung. Im zweiten Teil werden Bundestagsanträge und ihre Rolle in Politics thematisiert. Es wird gezeigt, welchen Zweck Anträge im parlamentarischen Alltag erfüllen, welche Fraktionen Anträge als Instrument vermehrt nutzen und wie die Fraktionen sich in der Abstimmung zu Anträgen verhalten. Auch wird beleuchtet, inwiefern Anträge in und für die Forschung eine Rolle spielen. Im dritten Teil steht der aktuelle Forschungsstand zum Thema Populismus im Fokus. Dabei wird an die aktuelle wissenschaftliche Diskussion angeknüpft und es werden verschiedene Definitionen vorgestellt. Auch verschiedene wissenschaftliche Herangehensweisen zur Arbeit mit dem Konzept Populismus werden kurz dargelegt. Zuletzt geht es um die Beziehung von Populismus und Social Media. Der vierte Teil widmet sich dem theoretischen Konzept der Triggerpunkte von Mau et al. (2024) und stellt die vier Ungleichheits-Arenen, im Spezifischen die Wir-Sie-Arena, das Konzept Triggerpunkte, sozialstrukturelle Aspekte sowie den Begriff der Polarisierungsunternehmer vor. Im Anschluss daran erfolgt die theoretische Argumentation dieser Arbeit, die sich an die Befunde von Mau et al. (2024) anlehnt.

2.1. Geschlechtergerechte Sprache

Über Sinn und Zweck geschlechtergerechter Sprache, auch „Gendern“ genannt, gibt es eine kontroverse wissenschaftliche Auseinandersetzung (vgl. Hackmann und Wolff 2023: 11), bei der die Wirkmächtigkeit der Sprache vermutlich von beiden Seiten – Gegner*innen wie auch Befürworter*innen – überschätzt wird (vgl. Lind und Nübling 2022: 36). Noch viel kontroverser ist die gesellschaftliche Debatte darüber. Fest steht: Bei geschlechtergerechter Sprache handelt es sich nicht um ein Randgruppenphänomen (vgl. Weidner und Ruck 2021: 287) und ebenso wenig um eine reine „Akademikersprache“, denn geschlechterge-

rechte Sprache wird als „TIN*-klusive“¹ Sprache von Betroffenen unabhängig von deren Bildungsgrad oder sozialen Schicht genutzt (vgl. Schütze 2023: 156-158).

Geschlechtergerechte Sprache wird hierbei als der Versuch verstanden, Geschlechtergerechtigkeit in der Sprache herzustellen, wobei ein wesentlicher Bestandteil geschlechtergerechter Sprache die Sichtbarmachung von in der Sprache bisher nicht abgebildeten Geschlechtern ist (vgl. Rödder und Rödder 2022: 6). Sprache ist ein „Machtkonstrukt“ (Rödder und Rödder 2022: 6), das auf die Wirklichkeit der Rezipient*innen – und damit von uns allen – einwirkt. Es gibt keine einheitliche Art des Genderns (vgl. Müller-Spitzer 2020: 55), trotzdem seien an dieser Stelle exemplarisch einige verbreitete Formen geschlechtergerechter Sprache genannt: das Binnen-I (StudentInnen), die Beidnennung (Studentinnen und Studenten), die Substantivierung von Präsensteilnahmen (Studierende) sowie Zeichensetzungen innerhalb von Wörtern, angefangen beim Gender-Gap (Student_innen) über den Gender-Stern (Student*innen) zum Doppelpunkt (Student:innen) (vgl. Kotthoff 2022: 12). Zuletzt gehören auch das von der feministischen Linguistin Luise F. Pusch bevorzugte generische Femininum sowie das generische Maskulinum zu Formen geschlechtergerechter Sprache (vgl. Wizorek 2022: 4; vgl. Eisenberg 2022: 35). Letzteres stellt einen der zentralen Punkte der Debatte dar.

Schon seit den 1970er Jahren wird das generische Maskulinum von der feministischen Linguistik (auch: Gender-Linguistik) kritisiert (vgl. Müller-Spitzer 2020: 53), da es den Mann als Norm festsetzt (vgl. Günthner 2017: 3). Aus historischer Sicht ist festzuhalten, dass das generische Maskulinum bei weitem nicht schon seit Jahrhunderten verwendet wird, wie teils in der Debatte behauptet (vgl. Weidner und Ruck 2021: 282; Müller-Spitzer 2021: 2). Dass die Entwicklung sich deutlich von der ausschließlichen Verwendung des generischen Maskulinums entfernt, ist angesichts von etablierten femininen Formen wie Bundeskanzlerin oder Ärztin offensichtlich (vgl. Müller-Spitzer 2022: 39). Im Mittelpunkt steht bei diesem Streitpunkt die Frage, ob das Genus unabhängig vom Sexus ist, also das grammatikalische Geschlecht unabhängig vom biologischen Geschlecht – wobei in der Forschung eigentlich weitgehende Klarheit über die Unabhängigkeit beider Aspekte herrscht. Allerdings argumentiert die Gender-Linguistik, dass die Korrelation von Genus und Sexus stark ist (vgl. Schütze 2023: 143; Lobin 2019: 1), denn: Das generische Maskulinum wird zwar von den Schreibenden generisch gemeint, die Interpretation der Lesenden erfolgt dann aber oft spezifisch (siehe dazu auch: Diwald und Nübling 2022: 16). Kritiker*innen bezeichnen diesen Standpunkt jedoch als „reine Polemik“ (Eisenberg 2022: 35). Das grundsätzliche Problem, dass nicht immer eindeutig ist, ob maskuline Formen gerade generisch oder spezifisch sind, besteht allerdings (vgl. Günthner 2017: 4; Schütze 2023: 144) – auch wenn dies teils bestritten wird (vgl. Payr 2021: 23-36).

¹TIN* steht für Trans-*, Inter*- und Nicht-binäre-Menschen.

Doch was sagt die empirische Forschung dazu? Zahlreiche psycholinguistische Experimente haben seit Anfang der 2000er Jahre nachgewiesen, dass „wirklichkeitskonstituierende Auswirkungen“ (Lind und Nübling 2022: 36) von Sprache hinsichtlich der Geschlechtervorstellung existieren, beim generischen Maskulinum in der Vorstellung also mehr an Männer* als an Frauen* gedacht wird (vgl. Lind und Nübling 2022: 40, 41; Müller-Spitzer 2018: o. S.; Kotthoff 2022: 12; Günthner 2017: 4; Schütze 2023: 148; Diewald und Nübling 2022: 3, 11).² Allerdings wird an diesen Studien kritisiert, dass beim Studiendesign wichtige Faktoren außer Acht gelassen wurden und fehlende sprachwissenschaftliche Expertise die Ergebnisse unbrauchbar macht (vgl. Payr 2021: 30, 31).³ Zudem gibt es jüngere Studien, die gegenteilige Resultate aufzeigen (vgl. Payr 2021: 30). Bei dieser unklaren empirischen Lage, die sich aus dem sehr gespaltenen Bild der Forschung ergibt, scheint eine möglichst objektive Prüfung der vorhandenen Studien äußerst sinnvoll. Am Ende eines solchen Prozesses könnte entweder mehr Klarheit entstehen oder alternativ diese über neue Forschung geschaffen werden.

Trotz der hehren Ziele der Befürworter*innen von geschlechtergerechter Sprache gibt es auch berechtigte Kritik an deren Verwendung. So darf „Inklusion [...] nicht Exklusion bewirken“ (Weidner und Ruck 2021: 286; vgl. auch Mau et al. 2024: 194-199): Menschen mit Migrationshintergrund und wenig Bildung haben erhebliche Probleme bei einer komplexeren Sprache (vgl. Weidner und Ruck 2021: 285-286; Payr 2021: 103). Auch ein falscher politischer Fokus wird geschlechtergerechter Sprache attestiert, weil ihr Beitrag zu echter Gleichberechtigung zu gering ist (vgl. Weidner und Ruck 2021: 288), in dem sie die Fronten unnötig verhärtet (vgl. Weidner und Ruck 2021: 281; siehe auch Mau et al. 2024) und politisches Kapital verspielt.

Ablehnung von geschlechtergerechter Sprache gibt es nicht nur in der Wissenschaft. „Vor allem von konservativer und rechter Seite wird der Gender-Begriff [...] mit Zerrbildern und Lügen aufgeladen und damit von seiner tatsächlichen Bedeutung entfernt“ (Wizorek 2022: 4). Die Debatte in der (deutschen) Öffentlichkeit ist schon seit Jahren polarisiert (vgl. Lobin 2018). Dabei wird das Thema als eine Art Kulturkampf wahrgenommen (vgl. Wizorek 2022: 5), was sich in Form von „tendenziöser Berichterstattung“ auch in den Medien widerspiegelt (vgl. Lobin 2019: o. S.). Konstruktivität ist selten zu finden (vgl. Weidner und Ruck 2021: 280), was angesichts der moralisierten Debatte (siehe dazu Stefanowitsch 2018; vgl. Payr 2021: 115-124; Weidner und Ruck 2021: 284) wenig überrascht. Moralisierte

²Einen (relativ alten) Überblick über die betreffenden Studien gibt es bei Braun et al. (2005).

³Diese Kritik ist grundsätzlich durchaus ernst zu nehmen, jedoch muss darauf hingewiesen werden, dass auch sie wiederum Kritik hervorgerufen hat. Beispielsweise bemängelt Fabian Payr fehlende Repräsentativität der Experimente (2021: 28), obwohl es bei Experimenten grundsätzlich gar nicht üblich ist, Repräsentativität zu beanspruchen. Dass Messergebnisse trotzdem generalisierbar sind, „wenn der zu untersuchende Sachverhalt unabhängig von der jeweiligen Teilgruppe existiert, an der er untersucht wird“ (Brosius et al. 2022: 244), ist allerdings unstrittig. Auch Miriam Lind und Damaris Nübling (2022: 41) bemängeln Payrs fehlende empirische Expertise.

Totschlagargumente wie „der privilegierte alte weiße Mann“, der nicht befähigt sei, sich unvoreingenommen und neutral zum Thema zu äußern, auf der einen und „Sprachdiktatur“ oder „Gendergaga“ auf der anderen Seite machen eine konstruktive Diskussion geradezu unmöglich (vgl. Weidner und Ruck 2021: 287). Letzteres soll den Befürworter*innen jegliche Rationalität absprechen und setzt die Gefahr einer Aufoktroyierung der Sprache unter anderem ins Verhältnis zur NS- oder DDR-Diktatur. Dieser Vergleich ist, wie noch zu sehen sein wird, absurd und übertritt die Grenzen eines sachlichen Dialogs vollständig (vgl. auch Weidner und Ruck 2021: 283).

Erstaunlich ist, dass die Polemik der öffentlichen Debatte auch in die wissenschaftliche übergeschwappt scheint. Statt über die tatsächlichen Argumente zu streiten, werden Studienergebnisse konsequent ignoriert, wissenschaftliche Gegenpositionen unerwähnt gelassen (vgl. Simon 2022: 19) und unreflektiert der Gegenseite eine ideologische Motivation vorgeworfen (vgl. Schütze 2023: 160).⁴ Kein Wunder, dass sich Wissenschaftler*innen nach der Rückkehr zum sachlichen Diskurs sehnen (vgl. Weidner und Ruck 2021: 288; Müller-Spitzer 2020: 55; Müller-Spitzer 2021: 10; Müller-Spitzer 2022: 42).

Horst Simon identifiziert zwei zentrale Gründe für diese starke Polarisierung (2022: 21): Sprache ist enorm identitätsgeladen und Menschen haben eine innige Verbundenheit mit ihrer individuellen Sprachausprägung. Das führt zur Ablehnung von allem, „was durch Variation und Wandel die subjektive Essenzialität ihrer Sprache infrage stellt“ (Simon 2022: 21; vgl. auch Wizorek 2022: 5). Demnach handelt es sich weniger um einen „Sprachkampf“ als einen „Kulturkampf“ (Simon 2022: 22). Miriam Lind und Damaris Nübling vermuten zudem, dass die Debatte um geschlechtergerechte Sprache als Vorwand genutzt wird, um misogynie und queerfeindliche Ansichten zu artikulieren (vgl. Lind und Nübling 2022: 38).

Die Gefahr eines „Sprachzwangs“, die von etlichen Kritiker*innen geschlechtergerechter Sprache eingebracht wird, ist allerdings übertrieben. Zwar gibt es beispielsweise an der Universität Kassel einen Fall, dass die Verwendung des generischen Maskulinums durch einen Studenten einen Punktabzug zur Folge hatte (vgl. Lohr 2021 zit. n. Weidner und Ruck 2021: 281), der Zwang wird aber von der Seite der Kritiker*innen viel stärker ausgeübt. So gibt es mittlerweile unterschiedlich weit reichende Verbote bestimmter Formen geschlechtergerechter Sprache in Bayern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Hessen (vgl. Jerabek 2024: o. S.; MDR Sachsen 2023: o. S.; ZEIT ONLINE 2023: o. S.; Schomburg 2023: o. S.; Peters 2024: o. S.).⁵

⁴Als Beispiel sei explizit auf die Monographie von Fabian Payr hingewiesen (2021), dessen guten Argumente in der Polemik des ganzen Werkes fast vollständig untergehen. Das Versprechen der „sachlichen Kritik“ hält das Buch keinesfalls. Aber auch renommierte Linguist*innen wie Peter Eisenberg (2022: 35) vergreifen sich regelmäßig im Ton. Eine gute und konstruktive wissenschaftliche Debatte sieht anders aus.

⁵Die Verbote reichen sehr unterschiedlich weit. Geht es in Bayern beispielsweise nur um die Verwendung im amtlichen Schriftverkehr, können Schüler*innen in Hessen sogar Punkte im Abitur abgezogen werden, wenn sie geschlechtergerechte Sprache nutzen.

Interessant ist auch die Perspektive anderer Länder. Im Englischen funktioniert geschlechtergerechte Sprache beispielsweise ganz anders, die deutsche Herangehensweise wirkt für englische Feminist*innen „sexistisch, antiquiert und kein bisschen inklusiv“ (Pollatschek 2022: 8). Das englische Konzept lautet dabei: Nur (sprachliche) Gleichheit führt auch zu Gleichheit. Nele Pollatschek spricht von einer Generisch-Werdung von Wörtern durch das Vorhandensein von Frauen in deren Semantik (vgl. Pollatschek 2022: 8). Beispielsweise wurde „Prime Minister“ durch Margaret Thatcher zu einem generischen Wort – und mit jeder weiteren Frau im Amt immer generischer. Im Deutschen führt sie das Beispiel von Frau und Fräulein an, das demnach vergleichbar sei (vgl. Pollatschek 2022: 8). Allerdings ignoriert ihre Argumentation, dass die deutsche Sprache eine Genussprache ist (vgl. Schütze 2023: 143; Müller-Spitzer 2020: 53; Lind und Nübling 2022: 40 Anm. 22) und eine der stärksten Geschlechtsverankerungen in der Sprache hat (vgl. Bedijs et al. 2022: 43). Entsprechend stellen Kristina Bedijs et al. fest, dass andere Genussprachen wie Spanisch, Portugiesisch oder Französisch ähnliche Probleme haben (vgl. Bedijs et al. 2022).

Trotz allem Streit, sind sich – zumindest in der Wissenschaft – über das Ziel der Geschlechtergerechtigkeit, das im Grundgesetz verankert ist (Art. 3 Abs. 2), alle einig. Somit stellt sich mehr die Frage nach der angemessenen sprachlichen Form als danach, *ob* geschlechtergerechte Sprache generell verwendet werden sollte (vgl. Müller-Spitzer 2022: 40). Diese Perspektive geht häufig unter, zumal für ihre Beachtung deutlich mehr Konstruktivität notwendig wäre. Interessant – wenn auch eher für den gesellschaftlichen Bereich – ist die Sichtweise Henning Lobins in Anlehnung an Anatol Stefanowitsch (2018): Geschlechtergerechte Sprache beziehungsweise eine möglichst gewalt- und diskriminierungsfreie Sprache generell ist letztlich eine Frage der Höflichkeit gegenüber seinen Mitmenschen (vgl. 2018) – und damit eine Frage der Moral.

2.2. Bundestagsanträge

Obleich Bundestagsanträge einen etablierten Teil der parlamentarischen Arbeit darstellen, wurden und werden sie ganz allgemein in der politikwissenschaftlichen Forschung wenig bis gar nicht berücksichtigt. Das ist durchaus erstaunlich, finden sich doch Analysen von parlamentarischen Anfragen zuhauf (Bald et al. 1988; Siefken 2010; Carstensen 2018; Hünermund 2018; siehe z. B. Bereswill et al. 2021). Einzig Wolfgang Ismayr widmet sich in seiner (auch nicht gerade neuen) Monographie über den Deutschen Bundestag den Anträgen im Bundestag (2012: 403-407).⁶ Somit kann sich diese Arbeit nur wenig auf

⁶Zwar ist Ismayrs Werk von 2012, jedoch handelt es sich um die 3., völlig überarbeitete und aktualisierte Auflage. Die Erstauflage erschien im Jahre 2000. Und auch seit 2012 hat sich das parlamentarische Umfeld (potentiell) mit dem Einzug der AfD geändert, sodass eine aktualisierte Betrachtung von Ismayrs Beschreibung des Antragsverhaltens und vielen weiteren Details durchaus geboten ist.

den Stand der Forschung stützen und nimmt damit auch eine explorative Funktion für die Politikwissenschaft ein.

Bundestagsanträge sind ein Medium der politischen Kontrolle mit dem Ziel eines Parlamentsbeschlusses (vgl. Ismayr 2012: 403). Dabei entstehende Beschlüsse sind allerdings nicht rechtlich bindend für die Regierung und die Verwaltung – auch wenn sie als politisch verpflichtend wahrgenommen werden (vgl. Ismayr 2012: 403).

Es können drei Arten von Anträgen unterschieden werden: (Selbstständige) *Anträge* befassen sich überwiegend mit politischen Sachfragen (Ismayr 2012: 403). *Entschließungsanträge* bieten den Fraktionen unter anderem die Möglichkeit, Berichte und Erklärungen der Regierung herbeizuführen oder auch zu Großen Anfragen und Gesetzesentwürfen und weiteren Vorlagen schriftlich Stellung zu nehmen und einen Beschluss herbeizuführen [vgl. Ismayr (2012): 403; vgl. § 75 GOBT]⁷. Mit *Änderungsanträgen* hingegen können bestehende Anträge geändert werden.

Nach § 75 und 76 Absatz 1 GOBT müssen Anträge und Entschließungsanträge von einer Fraktion oder 5 % der Bundestagsmitglieder unterzeichnet sein. Dementsprechend wurden zwischen 1994 und 2009 auch nur 1,3 % der Anträge ohne eine Fraktionsbeteiligung eingereicht (vgl. Ismayr 2012, S. 403–405).

Lediglich ein kleiner Teil der selbstständigen Anträge führt tatsächlich zu einem Parlamentsbeschluss (vgl. Ismayr 2012: 403). Das liegt daran, dass in der Praxis vor allem die Oppositionsfraktionen dieses Instrument nutzen, was von den Mehrheitsfraktionen in aller Regel abgelehnt wird (vgl. Ismayr 2012: 403). 85 % der Anträge des 16. Deutschen Bundestags kamen von der Opposition (vgl. Ismayr 2012: 405). Koalitionsfraktionen stellen Anträge dagegen meist gemeinsam und vermeiden kritische Töne gegenüber Regierung und Verwaltung (vgl. Ismayr 2012: 405, 407). Oft haben Anträge für die Mehrheitsfraktionen auch eine taktische Funktion, um Vorstöße aus dem Oppositionslager abzufangen und der Öffentlichkeit gegenüber das Gesicht zu wahren (vgl. Ismayr 2012: 407). Oppositionsfraktionen kooperieren im Gegensatz zu den Mehrheitsfraktionen nur höchst selten und wenn dann förmlich (vgl. Ismayr 2012: 405). Die Chancen für die Opposition, Sachanträge durchzubringen ist nicht nur deswegen sehr gering: „Nicht selten wird ein oppositioneller Antrag selbst dann abgelehnt und ihm gegebenenfalls ein Koalitionsantrag entgegengesetzt, wenn in der Sache kaum Meinungsunterschiede bestehen und dies – vor allem im Ausschuss – auch artikuliert wird“ (Ismayr 2012: 405). In der 16. Wahlperiode wurde kein einziger Oppositionsantrag angenommen (vgl. Ismayr 2012: 405), die größte Chance besteht dafür bei humanitären oder formalen Fragen (vgl. Ismayr 2012: 405).

Trotz der geringen Chancen auf einen tatsächlichen Bundestagsbeschluss sind Anträge für die Opposition ein „unverzichtbares Mittel öffentlichkeitswirksamer Kontrolle und Einflussnahme“ (Ismayr 2012: 405), denn sie bieten Minderheitsfraktionen die Möglichkeit,

⁷Geschäftsordnung des Bundestages

gewollte Debatten zu selbstgewählten Themen durchzusetzen, da die Anträge innerhalb einer gewissen Frist vom Parlament behandelt werden müssen (vgl. Ismayr 2012: 405). Kein Wunder, dass die Nutzung solcher Anträge „in erheblichem Umfang“ (Ismayr 2012: 405) erfolgt.

Anträge haben darüber hinaus eine wichtige Policy-Funktion: Sie sind oft ausgearbeitete Programme beziehungsweise Konzepte, die meist als Alternative zur Regierungspolitik präsentiert werden und oft mit Maßnahmenbündeln verknüpft sind (vgl. Ismayr 2012: 407). Anträgen sind häufig mit Problemanalysen und konzeptionellen Darlegungen verknüpft, die entweder in Form einer ausführlichen Begründung angefügt oder im Antragstext thematisiert mitbeschlossen werden (vgl. Ismayr 2012: 407).

Die internen Abläufe in den Fraktionen während des Antragsprozesses ähneln dem von Gesetzesentwürfen (vgl. Ismayr 2012: 406). Im Abstimmungsprozess wird seit der 10. Wahlperiode zunehmend auch das Druckmittel der namentlichen Abstimmung eingesetzt (vgl. Saalfeld 1995: 55 ff. zit. n. Ismayr 2012: 407).

In der Wissenschaft sind Bundestagsanträge ein äußerst unbeleuchtetes Feld. Dabei gilt dies sowohl für die Bewertung ihrer Rolle im Politikprozess, also die Wichtigkeit und die Wirkmächtigkeit von Anträgen, als auch für ihre Funktion als Ausdruck von politischen Überzeugungen, Themensetzungen und der Gewichtigkeit von Themen, mit anderen Worten: für die Operationalisierung latenter Konstrukte bezüglich der Bundestagsfraktionen. Stattdessen hat sich die wissenschaftliche Aufmerksamkeit auf Kleine und Große Anfragen fokussiert. Auch wenn das grundsätzlich nicht verwerflich ist, wäre eine Erschließung der Bundestagsanträge als Forschungsfeld sicher gewinnbringend und erkenntnisreich für politics-, aber auch policy-orientierte Forschung.

Dass Bundestagsanträge geradezu ein Dunkelfeld der Politikwissenschaft sind, macht sie für die Analyse, welche Fraktionen geschlechtergerechte Sprache in Bundestagsanträgen verwenden, umso spannender und verleiht dieser Arbeit zugleich einen explorativen Charakter.

2.3. Populismus

In der derzeitigen Öffentlichkeit ist Populismus ein „Kampfbegriff“ (Lewandowsky 2022: 1), er gleicht dem Vorwurf der Simplifizierung komplexer Sachverhalte – Opportunismus statt Konstruktivität (vgl. Lewandowsky 2022: 14). Die Basis scheint dabei die menschliche Tendenz zur Selbstbestätigung, der Aufrechterhaltung eines positiven Selbstbildes sowie die Favorisierung der Eigengruppe zu sein (vgl. Neubaum 2022: 415). Dass das Phänomen des Populismus allgegenwärtig ist, stellte schon Cas Mudde 2004 fest, als er von einem „populistischen Zeitgeist“ (Mudde 2004: 542) sprach. Folgend soll ein Überblick über gängige wissenschaftliche Definitionen, dessen Messung, das Verhältnis von Populismus

und Social Media sowie von Populismus und Demokratie und nicht zuletzt über bestehende Forschungslücken gegeben werden.

In der Wissenschaft ist das Konzept Populismus umstritten, vor allem wegen der Wertege-ladenheit und Unschärfe des Begriffs (vgl. Lewandowsky 2022: 2; Decker 2021: 776). Eine der ersten wissenschaftlichen Auseinandersetzungen legten Lipset (1960), Shils (1956) sowie Ionescu und Gellner (1969) vor, die Populismus als Gespenst sahen, das die Welt heimsuche (zit. n. Lewandowsky 2022: 12; Wirth et al. 2016: 7). Lange Zeit gab es in der Forschung wenig bis keine theoretische Fundierung des Begriffs, stattdessen mehr eine Ad-hoc-Verwendung (vgl. Lewandowsky 2022: 12). Mittlerweile kann von einem regelrechten „Boom in der Forschung“ (Decker 2021: 777) gesprochen werden, der von ideologischen In-halten, der Organisation und dem Auftreten, den Ursachen und Entstehungshintergründen bis hin zur Wirkung von Populismus reicht. Allerdings besteht nach wie vor eine Uneinigkeit über die Definition von Populismus (vgl. Merkle 2016: 130). Der Grund dafür: „[populism] manifests itself differently depending on the contextual conditions“ (Priester 2007 zit. n. Engesser et al. 2017: 1111). Kritik gibt es vor allem bezüglich der Populismusmessung (vgl. Lewandowsky 2022: 36). Anzumerken ist weiterhin, dass im Fokus der Forschung vor allem rechter Populismus steht (vgl. Heinze 2022: 161).

Populismus zeichnet sich durch eine ideologische Varianz aus, weswegen er häufig als „Chamäleon“ bezeichnet wird (vgl. Lewandowsky 2022: 4; Engesser et al. 2017: 1114). Als Stilmittel von Populismus fungieren nach Frank Decker und Marcel Lewandowsky der Rück-griff auf Common-Sense-Argumente, die Vorliebe für radikale Lösungen, Verschwörungs-theorien und das Denken in Feindbildern, Provokation und Tabubruch, Emotionalisierung und „Angstmache“ sowie die Verwendung von biologistischen und Gewaltmetaphern (2017: 29-30).

Die gängigste und wissenschaftlich hoch angesehene Definition für Populismus lieferte Cas Mudde mit dem Ideational Approach in den frühen 2000ern (2004; Mudde 2017: 34-36). Seine Definition gilt als Minimalkonsens und Goldstandard (Lewandowsky 2022: 18, 23; Hawkins et al. 2019 und Wirth et al. 2016 zit. n. Spieß et al. 2020: 224; Gehrman 2024: 4; Müller 2016: 187) – zugleich ist sie ein Grundstein für die Populismusforschung (vgl. Heinze 2022: 162) und Basis vieler folgender Definitionen (siehe z. B. Engesser et al. 2017: 1111). Mudde definiert Populismus

„as an ideology that considers society to be ultimately separated into two ho-mogeneous and antagonistic groups, ‚the pure people‘ versus ‚the corrupt elite‘, and which argues that politics should be an expression of the *volonté générale* (general will) of the people.“ (Mudde 2004: 543).

Demnach besteht Populismus aus einer Volkszentriertheit, einer Anti-Establishment-Haltung und einer angestrebten Wiederherstellung der Volkssouveränität.

Volkszentriertheit zeichnet sich durch die Vorstellung aus, „dass es ein durch einen gemeinsamen homogenen Willen gekennzeichnetes ‚Volk‘ gebe“ (Lewandowsky 2022: 18). Das Volk⁸ ist die ideologische Grundlage aller Populismusformen (vgl. Decker 2021: 777). Dabei entspricht das Volk nicht dem Staatsvolk (vgl. Lewandowsky 2022: 18). Die Homogenität des Volkes wird auf zwei Ebenen verstanden: einerseits bezüglich seiner Identität (vgl. Lewandowsky 2022: 18). Demnach hat das Volk dieselben Interessen und Präferenzen, wobei der Common Sense des Volkes den Special Interests der Eliten gegenübersteht (vgl. Mudde 2017: 33). Während rechte Populist*innen das Volk als gemeinsame Kultur oder Ethnie begreifen, liegt bei linken der Fokus mehr auf marginalisierten Gruppen (vgl. Lewandowsky 2022: 19). Die Konnotationen des Volkes sind dabei Aufrichtigkeit, Anstand, Fleiß oder auch der viel zitierte gesunde Menschenverstand (vgl. Lewandowsky 2022: 19; Spieß et al. 2020: 225).⁹ Andererseits bezieht sich Homogenität hier auf den politischen Willen des Volkes als Ganzes, den nur die Populist*innen wirklich repräsentierten (vgl. Lewandowsky 2022: 19-20). Essentieller Teil von Populismus ist damit auch Antipluralismus (vgl. Mudde 2004: 2004; Rensmann 2006, S. 63–64; Heinze 2022: 163). Wichtig ist, dass das Volk selbst eine „imagined community“ (Mudde 2004: 546) ist, die konstruiert ist und so nicht existiert (vgl. Mudde 2017: 31-32).

Populist*innen stellen Volk und Elite als „schwarz“ und „weiß“ (vgl. Meyer 2006: 82 zit. n. Spieß et al. 2020: 225) gegenüber, wobei der Unterschied zwischen beiden normativ, nicht empirisch ist (vgl. Mudde 2004: 544). Überhaupt ist Moral die Basis für die Abgrenzung des Volkes zu den Eliten (vgl. Mudde 2017: 32), weitere exklusive Dimensionen wie Klasse oder Nation werden durch die Ergänzung anderer Ideologien möglich (vgl. Mudde 2017: 32).

Unter der Anti-Establishment-Haltung wird die Ablehnung der „Elite“ verstanden, die ebenso als eine homogene Gruppe konstruiert wird (vgl. Lewandowsky 2022: 20) und die Antithese des Volkes darstellt (vgl. Mudde 2017: 32). Im Fokus dieser Ablehnung steht die Behauptung, dass die Elite, womit verschiedenste Formen (politisch, kulturell, intellektuell, wirtschaftlich und weitere) gemeint sein können (vgl. Mudde 2017: 33), nur ihren eigenen Interessen folgt und sich auf Kosten des Volkes bereichert (vgl. Spieß et al. 2020: 225; Mudde 2004: 546). Die Elite ist „korrupt, inkompetent, abgehoben, entrückt vom Volk und seinen Nöten“ (Lewandowsky 2022: 21) und kreiert Probleme, die mit den Problemen der kleinen Leute nichts zu tun haben (vgl. Schmiede et al. 2023: 438; Mudde 2017: 33).

Schließlich steht die Wiederherstellung der Volkssouveränität für die Forderung, die Macht in die Hände des Volkes (zurück) zu geben (vgl. Spieß et al. 2020: 225). Die Politik soll sich

⁸Das Volk ist hier ein ideologisches Konstrukt. Auf Anführungszeichen wurde der Lesbarkeit halber trotzdem verzichtet. Nachfolgende Verwendungen des Begriffs sind vor dem Hintergrund des Populismus-Begriffs zu sehen.

⁹Darauf aufbauend hat Paul Taggart das Konzept des Heartlands entwickelt (2004). Dieses entspricht „eine[r] Verklärung der Werte und Eigenschaften, die ‚das Volk‘ ausmachen und die zugleich in einer glorifizierten Vergangenheit liegen, die wiederhergestellt werden müsse“ (Lewandowsky 2022: 19).

demnach vollständig durch den Volkswillen formen, wodurch konstitutionelle Elemente der liberalen Demokratie (unter anderem Gewaltenteilung, Schutz von Minderheiten) implizit oder explizit in Frage gestellt werden (vgl. Spieß et al. 2020: 225-226).

In der Praxis wird Populismus mit anderen Ideologien kombiniert, das Verständnis von Volk und Eliten ist dann je nach „Wirtsideoogie“ verschieden (vgl. Mudde 2017: 32). Ein Beispiel dafür ist der Rechtspopulismus, bei dem Exklusion als weitere Dimension hinzukommt (vgl. Decker und Lewandowsky 2017: 23; Spieß et al. 2020: 225). Exkludiert werden „die Anderen“, die das Volk – im Gegensatz zur Elite – von unten bedrohen (vgl. Reinemann et al. 2017 zit. n. Spieß et al. 2020: 226). Nach Cas Mudde (2007) gehört zu Rechtspopulismus abgesehen von Nativismus auch noch Autoritarismus (zit. n. Decker 2021: 777). Doch auch wenn Populismus eine ideologische „Affinität nach rechts“ (Rensmann 2006: 76) hat und Rechtspopulismus gerade in Westeuropa sehr dominant ist, gibt es in anderen Regionen wie Lateinamerika oder Südeuropa eine teils sogar lange Tradition von linkem Populismus (vgl. Decker 2006a: 23).

Aufbauend auf Muddes Ansatz entwickelte Jan-Werner Müller eine Definition, die einen leicht anderen Fokus hat und sich bezüglich des *Volonté Générale* darüber hinaus auch inhaltlich absetzt (vgl. Müller 2016). Genau wie bei Mudde ist das zentrale Kriterium der „dezidiert moralische Anspruch, dass einzig die Populisten das wahre Volk vertreten“ (Müller 2016: 188). Dieser ist demnach wie auch die Elitenkritik ein notwendiges, wenn auch nicht hinreichendes Kriterium für Populismus (vgl. Müller 2016: 188). Müller betont auch, dass ein charismatisches Führertum nicht automatisch vorhanden sein muss (vgl. 2016: 190), was ja auch das Beispiel der AfD in Deutschland zeigt. Im Populismus sieht er einen Widerspruch zur Demokratie, die „nur das freie, nicht das imperative Mandat [kennt]“ (Müller 2016: 189). Der zentrale Unterschied zu Mudde ist hier der *Volonté Générale*, der für Müller eher „Volksgeist“ (Müller 2016: 189) ist, da der Bezug zu Jean-Jacques Rousseau nicht plausibel sei. Denn: „Bei Rousseau mussten die einzelnen Bürger wirklich selber entscheiden, was sie für den allgemeinen Willen (und damit das Gemeinwohl) hielten. [...] Der Populist hingegen erkennt das Gemeinwohl der authentischen Nation auch so.“ (Müller 2016: 189). Müllers Verständnis von Populismus ist also sehr ähnlich zu dem von Mudde, unterscheidet sich jedoch beim Volksgeist beziehungsweise dem *Volonté Générale*. In der Forschung findet diese Weiterentwicklung durchaus Zuspruch (vgl. Franzmann und Lewandowsky 2020: 12).

Abseits dessen gibt es auch andere Ansätze als den Ideational Approach, die sich teilweise auf einer anderen Ebene mit Populismus beschäftigen.

Jan Jagers und Stefaan Walgrave entwickelten eine Unterscheidung, die auf Muddes Ansatz aufbaut (2007 zit. n. Merkle 2016: 132; vgl. Jansen et al. 2020: 144): *Empty-Populismus* beinhaltet demnach nur Volkszentriertheit, *Excluding-Populismus* Volkszentriertheit und Ausgrenzung, *Anti-Eliten-Populismus* Volkszentriertheit und Anti-Eliten-Haltung und zuletzt vereint *Complete-Populismus* alle Bestandteile.

Eine andere Perspektive betrachtet Populismus als vollwertige Ideologie (vgl. Lewandowsky 2022: 23). Das bedeutet, „dass Populismus [...] eine umfassende Deutung der sozialen Wirklichkeit und ein auf alle gesellschaftlichen Bereiche ausstrahlendes normatives Ideal beinhaltet“ (Rydgren 2017: 488-489 zit. n. Lewandowsky 2022: 23). Die Charakteristika ähneln allerdings sehr dem, was man gemeinhin unter Rechtspopulismus versteht (vgl. Lewandowsky 2022: 24).

Die Gegenposition sieht Populismus als Thin Ideology (vgl. Mudde 2004: 544; Lewandowsky 2022: 23). Das zentrale Argument ist, dass beim Populismus lediglich das Verhältnis zwischen Volk und Eliten definiert wird, nicht aber eine umfassende Deutung der sozialen Wirklichkeit vorgenommen wird (vgl. Lewandowsky 2022: 24; Mudde 2004: 544; Mudde 2017: 30). Wer und was genau das Volk ist, hängt dann von einer „Wirtsdeologie“ (Lewandowsky 2022: 24; vgl. auch Mudde 2004: 544) ab. Auf diese Weise können Differenzen zwischen Rechts- und Linkspopulismus sehr gut erklärt werden (vgl. Wirth et al. 2016: 9).

Wieder andere verstehen Populismus als Diskurs (vgl. Ernst et al. 2017: 1348; Lewandowsky 2022: 23), der Fokus liegt dabei auf der Kommunikation als Struktur und den Akteuren, die Träger von Sprechakten sind (vgl. Lewandowsky 2022: 25).

Eine weitere Perspektive sieht Populismus als Stilmittel oder Strategie (vgl. Spieß et al. 2020: 224; Ernst et al. 2017: 1348; Lewandowsky 2022: 23). Kennzeichen dafür sind der Appell an das Volk, das Narrativ der Krisensituation, die Handeln notwendig macht, und schließlich die schlechten Manieren des populistischen Anführers, der dadurch als einfacher Bürger wahrgenommen wird und sich somit von der Elite distanziert (vgl. Lewandowsky 2022: 26).

Darüber hinaus gibt es auch noch zahlreiche weitere theoretische Annäherungen, die allerdings an dieser Stelle nicht weiter vertieft werden sollen (siehe Spieß et al. 2020: 224; Ernst et al. 2017: 1348; Froböse 2020: 28).

Die Messung von Populismus ist empirisch herausfordernd (Wirth et al. 2016: 5). In der Vergangenheit wurde definitorisch oft nicht sauber gearbeitet (vgl. Rensmann 2006: 62), wodurch der Vorwurf der Unschärfe und inhaltlichen Beliebigkeit im Raum stand (vgl. Decker 2004: 23 ff. zit. n. Decker 2006a: 12). Eine andere Schwierigkeit ist, dass die Souveränität des Volkes ein zentrales Element fast aller Demokratiekonzepte ist, wodurch die klare Zuordnung von beispielsweise Äußerungen zu Populismus nicht eindeutig ist (vgl. Wirth et al. 2016: 9). Eine ähnliche Schwierigkeit ist die Einordnung von Grenzfällen (vgl. Heinze 2022: 163). Nicht zuletzt besteht aber auch das grundsätzliche Problem, dass die meisten Parteien populistische Rhetoriken nutzen (vgl. Mudde 2004: 562; siehe auch Engesser et al. 2017). Auch Werner Wirth et al. stellen fest: „every politician tends to be ‚populist‘ to a degree; the important question is how populist they are.“ (2016: 35).

Im Folgenden gibt es einen kleinen Überblick über einige wissenschaftliche Herangehensweisen, um Populismus messen zu können. Dabei handelt es sich teils um Ergebnisse

großangelegter Studien, aber auch um die Datenbasis für die Messung von Populismus. *PopuList* bietet einen Überblick über populistische, weit-linke und weit-rechte Parteien in Europa zwischen 1989 und 2022. Die Einschätzung erfolgt auf Basis qualitativer Expert*inneninterviews (vgl. Rooduijn et al. 2023).

Das *Manifesto Project* bietet einen umfangreichen Textkorpus, in dem Wahlprogramme in Quasi-Sätze kodiert wurden, um sie auswertbar zu machen (vgl. Lehmann et al. 2024).

In der *Global Populism Database* werden Daten zu Populismus gesammelt. Unter anderem gibt es Daten über den Populismusgrad von Reden von Staats- und Regierungschefs zwischen 2000 und 2018 (vgl. Lewandowsky 2022: 30).

GermaParl ist ein Textkorpus mit Plenarprotokollen des Deutschen Bundestags, auf den über ein R-Package zugegriffen werden kann (vgl. Blätte und Leonhardt 2023).

Populismus in Social Media wurde schon vielfach analysiert (vgl. Spieß et al. 2020: 220; Degen und Olgemöller 2023: 40). Die meisten Autor*innen vertreten die Ansicht, dass Social Media die Logik des Populismus begünstigen (vgl. Engesser et al. 2017: 1113; anders: Neubaum 2022: 420), vor allem, weil dort eine viel direktere, ungefilterte (vgl. Engesser et al. 2017: 1113; Spieß et al. 2020: 221; Ernst et al. 2017: 1350) Verbindung der Autor*innen zur Zielgruppe besteht, die überdies noch den Journalismus als Gatekeeper umgeht (vgl. Spieß et al. 2020: 222; Ernst et al. 2017: 1350; Wirth et al. 2016: 28). Soziale Medien stellen ein wichtiges Kommunikationsinstrument dar, über das Parteien und Politiker*innen informieren und Diskussionen auslösen (vgl. Spieß et al. 2020: 221) – und damit dem grundgesetzlichen Anspruch, an der politischen Meinungsbildung beteiligt zu sein, gerecht werden. Weiterhin zeigt sich, dass populistische Kommunikation beispielsweise auf Facebook gut funktioniert (vgl. Spieß et al. 2020: 222; Degen und Olgemöller 2023) und dass Populist*innen häufig in Parlamenten moderater als im außerparlamentarischen Raum auftreten (vgl. Heinze 2022: 169). Bartlett sieht Social Media oben genannte Gründe aufgreifend sogar als ideales Medium für Populist*innen (vgl. 2014: 106 zit. n. Spieß et al. 2020: 222).

Hinsichtlich der Frage, inwiefern Populismus eine Gefahr für die Demokratie darstellt, gibt es in der Forschung unterschiedliche Ansichten, die hier nur angerissen werden sollen. Die wissenschaftliche Meinung schwankt darin, Populismus als Bedrohung oder als Korrektiv zu sehen (vgl. Ernst et al. 2017: 1348), wobei vergleichsweise wenige Autor*innen die Korrektiv-Seite vertreten. Zur Frage, ob Populismus eine Gefahr für die Demokratie oder ein nützliches Korrektiv darstellt, gibt es sogar einen ganzen Sammelband (Decker 2006b). Mudde sieht mehr den Rechtspopulismus als eine solche Gefahr als den Populismus an sich (2019 zit. n. Heinze 2022: 162). Lars Rensmann attestiert dem Populismus langfristig problematische Effekte und sieht die Gefahr, er könne in Extremismus umschlagen (vgl. Rensmann 2006: 77). Ähnlich sehen es Wirth et al.: „populist democracy is illiberal“ (2016: 16).

Auch wenn Populismus als Phänomen in großem Maße erforscht wurde, stellt Anna-

Sophie Heinze einige Forschungsdesiderate heraus, die größerer Aufmerksamkeit bedürfen. Dies sind die Betrachtung von Prozessen auf subnationaler Ebene, den Fokus von der Parteipolitik auf die nichtelektorale Ebene zu weiten, rechtsradikale Phänomene mehr aus der Binnenperspektive zu untersuchen und zuletzt den Fokus auf effektive Strategien zur Stärkung der liberalen Demokratie zu richten (vgl. Heinze 2022: 170). Darüber hinaus ist festzuhalten, dass Populismus aufgrund seiner Aktualität und Beständigkeit ein immer weiter zu erforschendes Phänomen bleiben wird – auch über die hier beschriebenen Lücken hinaus.

Ogleich der schwierigen Messung von Populismus, existieren also bereits zahlreiche Studien, die sich empirisch dem Konstrukt nähern. Die ausführliche Betrachtung des Populismus-Begriffs schafft die Basis für die später folgende empirische Untersuchung, in der Populismus-Dimensionen inhaltsanalytisch in Facebook-Posts codiert werden.

2.4. Polarisierung geschlechtergerechter Sprache

Im Oktober 2023 veröffentlichten Steffen Mau, Thomas Lux und Linus Westheuser (2024) ein in der Forschung wie in der Öffentlichkeit vielbeachtetes Buch, in dem sie die vielfach vertretene Polarisierungsthese, dass die deutsche Gesellschaft gespalten sei, empirisch widerlegen und explorativ einen Erklärungsansatz entwickeln, warum bestimmte Themen im gesellschaftlichen Diskurs trotzdem den Anschein einer Spaltung der Gesellschaft vermitteln.

Die Polarisierungsthese oder auch Zwei-Lager-Theorie, nach der es zwei Lager mit widerstreitenden Meinungen, Interessen und Werten gäbe, wurde in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten immer präsenter (vgl. Mau et al. 2024: 7, 9). Polarisierung an sich kann in eine dünne und eine dicke (soziologische) Auslegung unterschieden werden: Die „(wachsende) Diskrepanz von politischen Einstellungen und von Wählerschaften“ (Mau et al. 2024: 14) steht einer Diskrepanz nach Cleavages beziehungsweise Klassen gegenüber (Mau et al. 2024: 14). Der wichtigste und zugleich überraschende Befund der Arbeit von Mau et al. lautet, dass das Bild einer gespaltenen Gesellschaft gar nicht zutrifft (2024: 25). Die affektive Polarisierung, also „Gefühle von Sympathie und Antipathie, die gegenüber ideologischen und sozialen Fremdgruppen eingenommen werden“ (Mau et al. 2024: 28), hat sogar seit 2000 abgenommen (Mau et al. 2024: 18). „Das breite Zentrum ist demgegenüber relativ entideologisiert und wenig auf Abgrenzung bedacht – wiederum mit Ausnahme der Abgrenzung gegenüber der AfD“ (Mau et al. 2024: 30). Demnach besteht zwar eine Politisierung, die allerdings ohne Polarisierung stattfindet (vgl. Mau et al. 2024: 384). Die (irrtümliche) Wahrnehmung einer gespaltenen Gesellschaft (*false polarization*) findet ihre Ursachen vermutlich in der Leidenschaftlichkeit und Unnachgiebigkeit aktueller politischer Konflikte (vgl. Mau et al. 2024: 20, 378).

Mau et al. (2024) liefern zugleich einen neuen Ansatz, um diese Leidenschaftlichkeit und Unnachgiebigkeit zu erklären, der sich erst noch der empirischen Realität stellen muss. Auch wenn diese Arbeit keinem umfassenden empirischen Test nahekommt, so greift sie doch den neuen Ansatz der Triggerpunkte theoretisch auf. Aus diesem Grund erfolgt nun eine ausführlichere Betrachtung und Zusammenfassung der Monographie.

2.4.1. Vier Ungleichheitsarenen

Alle relevanten Konflikte der heutigen Zeit sind Ungleichheitskonflikte, also „gesellschaftlich verankerte Formen der Begünstigung und Bevorrechtigung einiger, der Benachteiligung und Diskriminierung anderer“ (Kreckel zit. n. Mau et al. 2024: 21). Mau et al. wählen das Konzept der Arena in Anlehnung an die Arenen der Antike als Schauplätze des Wettkampfes (vgl. Mau et al. 2024: 38). Sie unterscheiden dabei vier Arenen, in denen jeweils ähnliche Konflikte ausgetragen werden und die im Folgenden kurz dargestellt werden.

In der *Oben-Unten-Arena* werden Verteilungskonflikte ausgetragen, es geht also um Ressourcen und Ansprüche, die sich innerhalb der Sozial-, Verteilungs- und Steuerpolitik bewegen. Die Triebkraft dabei ist die „Rückkehr der Ungleichheit“, wobei sich auf Klassen und Schichten sowie Reiche und Arme im Kollektiv bezogen wird. Bearbeitet werden Oben-Unten-Konflikte über Umverteilung und Absicherung. Die Verteilungsbilanz ist ein Nullsummenspiel (vgl. Mau et al. 2024: 49).

Innen-Außen-Ungleichheiten zielen auf Zugehörigkeits- und Grenzkonflikte, es geht also um Zugang und Mitgliedschaft zur Gesellschaft. Das betrifft die Felder der Migrations- und Integrationspolitik, die vor allem von einer Transnationalisierung und der globalen Migration getrieben werden. In dieser Arena wird sich auf Inländer und Ausländer, Eingesessene und Migranten bezogen. Die Bearbeitung erfolgt über Inklusion und Integration, wobei die Verteilungsbilanz unklar ist (vgl. Mau et al. 2024: 49).

In der *Wir-Sie-Arena* wird um Anerkennungskonflikte gestritten, in denen Rechte und Anerkennung im Mittelpunkt stehen. Ein zunehmender Wertewandel und eine Entkonventionalisierung sind Triebkräfte der Konflikte, die sich im Rahmen der Gleichstellungs- und Anerkennungs politik bewegen und anhand von Gleichstellung, Quoten und Normenwandel bearbeitet werden. Etablierte stehen dabei Außenseitern gegenüber. Die Verteilungsbilanz ist zwar ein Positivsummenspiel, das aber Statusverluste implizieren kann (vgl. Mau et al. 2024: 49).

In der Arena der *Heute-Morgen-Ungleichheiten* sind Umweltgüter und Zeit die Streitpunkte – es geht um ökologische und Zeitkonflikte, die sich vor allem in der Umwelt- und Klimapolitik abspielen. Triebkräfte sind in erster Linie die Klimakrise, die fossile Produktion und die Lebensweise. Verursacher*innen werden Betroffenen gegenübergestellt, die Bearbeitung erfolgt über Transformation und Nachhaltigkeit. Die Verteilungsbilanz ist eine Negativsumme bei Nicht-Handeln, die allerdings Zielkonflikten unterliegt.

2.4.2. Wir-Sie-Arena

Der gesellschaftliche Konflikt um geschlechtergerechte Sprache ist Teil der Wir-Sie-Arena, weswegen diese nochmal ausführlicher behandelt wird. Auszeichnend für Wir-Sie-Ungleichheiten sind „gruppenspezifische Erfahrungen der Missachtung oder Diskriminierung [, die] mit *Forderungen nach Anerkennung* [Hervorhebung im Original] beantwortet und so die Trägerschichten der dominanten Kultur herausgefordert werden.“ (Mau et al. 2024: 60). Es geht also um die „Einbeziehung von Subjekten in den Kreis der vollwertigen Gesellschaftsmitglieder“ (Honneth zit. n. Mau et al. 2024: 60), gerungen wird um Normalitäten und um Sanktionen für Abweichungen (vgl. Mau et al. 2024: 160), denn: für Anerkennung muss die privilegierte Lebensform relativiert oder zurückgestuft werden (vgl. Mau et al. 2024: 60). Nicht selten wird auf die Meinung der „normalen“ Bevölkerung verwiesen – wie schon gezeigt, ist dies ein populistisches Instrument (vgl. Mau et al. 2024: 166).¹⁰

Die Wir-Sie-Arena wird durch einen weitgehenden Konsens über die Ablehnung von Diskriminierung bestimmt. Es gibt eine große Zustimmung zu einer vielfältiger und bunter werdenden Gesellschaft, die nur von Minderheiten infrage gestellt wird (vgl. Mau et al. 2024: 167). Mit Daten des *European Social Survey (ESS)* kann für die Bundesrepublik ein klarer Liberalisierungstrend festgestellt werden (vgl. Mau et al. 2024: 169), frühere Streitpunkte wie die Homo-Ehe sind heutzutage indiskutabel (vgl. Mau et al. 2024: 170). Selbst „wo offizielle gendersensible Sprachregelungen abgelehnt werden [...], werden sie in Bezug auf eine individuelle Person respektiert.“ (Mau et al. 2024: 182). Der Streitpunkt ist also weniger, ob „Ja“ oder „Nein“, sondern mehr ob „Ja“ oder „Ja, aber“ (vgl. Mau et al. 2024: 199).

Weitgehender Konsens besteht auch über eine Erlaubnistoleranz, also die Tolerierung anderer Lebensformen und Identitäten unter dem Vorzeichen der legitimen Indifferenz (vgl. Mau et al. 2024: 173). Dabei wird eine Perspektive der Mehrheitsgesellschaft eingenommen, die Diversifizierung als Irritationsmoment begreift (vgl. Mau et al. 2024: 175). Die Minderheit darf demnach schon nach eigener Maßgabe leben, insofern sich die Mehrheit nicht gestört fühlt (vgl. Mau et al. 2024: 176).

Genauso ist eine Unsicherheit über Begrifflichkeiten in der Breite festzustellen (vgl. Mau et al. 2024: 202).

Auf der Dissens-Seite können die Meinungen zu einem Konflikt zwischen Erlaubnistoleranten und Respekttoleranten aggregiert werden. Respekttoleranz ist nach Rainer Forst

¹⁰Wir-Sie-Konflikte werden oft als Identitätspolitik betitelt, also „aufgrund von Gruppenzugehörigkeiten gemachte Abwertungs- oder Ausgrenzungserfahrungen [, die] zum Ausgangspunkt politischen Handelns werden“ (Mau et al. 2024: 61). Das ist einerseits ungenau, da mit diesem Prozess auch materielle Verteilungskämpfe einhergehen (vgl. Mau et al. 2024: 163), andererseits unterstellen Konservative oft die Unterwerfung der Mehrheitsbevölkerung durch eine kleine Gruppe radikaler Minderheiten, was wiederum Identitätspolitik darstellt (vgl. Mau et al. 2024: 165).

eine progressive Erweiterung der Erlaubnistoleranz (vgl. Mau et al. 2024: 183), die mehr die Außenseiter- statt die Etabliertenperspektive einnimmt (vgl. Elias/Scotson zit. n. Mau et al. 2024: 181). Es handelt sich um einen kompensatorischen Ansatz, der andere als moralisch und ethisch Gleiche anerkennt und Unterschiede aufgreift, um eine größere symbolische Repräsentanz herzustellen (vgl. Mau et al. 2024: 183-184). Es findet somit eine Umwertung statt. Wenn Anerkennung über ein reines Hinnehmen, also über die Erlaubnistoleranz hinausgehen soll, sind dann Vorbehalte gegenüber Diversität zu beobachten (vgl. Mau et al. 2024: 399).

Dementsprechend unterscheidet sich einerseits die Problemwahrnehmung: Halten Erlaubnistolerante die Diskriminierung für weitgehend überwunden, sehen Respekttolerante, dass diese immer noch allgegenwärtig ist (vgl. Mau et al. 2024: 202).

Andererseits unterscheidet sich die Strategie des Diskriminierungsabbaus: Während die konservative Position eine stillschweigende Eingemeindung präferiert – die Anerkennung als Normale –, zielt die progressive Position auf eine öffentliche Umwertung – die Anerkennung als Besondere und Gleiche. Daraus folgt auf der einen Seite das Ablehnen von Sonderrechten und auf der anderen Seite die Forderung nach einem Nachteilsausgleich. Konservative betrachten die geforderten Veränderung dann oft als Zumutung, wohingegen Progressive die Pflicht zur Selbsthinterfragung betonen (vgl. Mau et al. 2024: 202).

Hinsichtlich geschlechtergerechter Sprache zeigt sich eine „Irritation über Begriffsneuerungen, die Wahrnehmung einer zu Unrecht in die Öffentlichkeit gezerrten Thematik sowie die Abwehr ‚übertriebener‘ Forderungen und einer vermeintlichen Hypersensibilität.“ (Mau et al. 2024: 191). Dabei ist die Polarisierung nicht besonders hoch (vgl. Mau et al. 2024: 195). Erstaunlich ist, dass keine Klassenkonfrontation zwischen Akademiker*innen und Arbeiter*innen festgestellt werden konnte (vgl. Mau et al. 2024: 195), der Vorwurf von Kritiker*innen, Ungleichheitskritik käme vor allem von Bessergestellten und höher Gebildeten, den sogenannten „Lifestyle-Linken“ (Wagenknecht 2022) kann daher zurückgewiesen werden (Mau et al. 2024: 175).

2.4.3. Triggerpunkte

Um die Heftigkeit mancher Konflikte erklären zu können, bedienen sich Mau et al. des Konzeptes der Triggerpunkte: „sensible Bereiche des öffentlichen Diskurses [...], wo Menschen stark und affektiv reagieren“ (Mau et al. 2024: 27). Diese sind „neuralgische [...] Stellen, an denen Meinungsverschiedenheiten hochschießen, an denen Konsens, Hinnahmebereitschaft und Indifferenz in deutlich artikulierten Dissens, ja sogar Gegnerschaft umschlagen.“ (Mau et al. 2024: 246). Der Schwachpunkt des öffentlichen und teils auch wissenschaftlichen Diskurses, so die Autoren, ist der Schluss von medialen Diskursformen auf eine polarisierte Tiefenstruktur der Gesellschaft (vgl. Mau et al. 2024: 245).

In einer Taxonomie typischer Trigger stellen Mau et al. dar, welche Erregungsgründe zu Triggern werden können: *Ungleichbehandlungen* (verletzte Erwartung: Egalität), *Normalitätsverstöße* (verletzte Erwartung: Normalität), *Entgrenzungsbefürchtungen* (verletzte Erwartung: Kontrolle) und nicht zuletzt *Verhaltenszumutungen* (verletzte Erwartung: Autonomie) (vgl. Mau et al. 2024: 276).

So ist es leicht verständlich, dass „[s]prachpolitische Interventionen [...] auf starke Reaktanz [treffen]“ (Mau et al. 2024: 400), denn geschlechtergerechte Sprache erfüllt gleich alle vier dieser Triggertypen. Als „Sonderrecht“ für Minderheiten ist es ein Trigger für Ungleichbehandlung, als Abweichung von den gängigen Sprachnormen ein Trigger für Normalitätsverstöße, als Praxisform im kommunikativen Umgang miteinander – ob in den Nachrichten oder in der Firma – ein Trigger für Entgrenzungsbefürchtungen und als „Sprachreform“ ein Trigger für Verhaltenszumutungen.

2.4.4. Sozialstrukturelle Polarisierung

Überraschenderweise stellt die Studie auch fest, dass es zwar eine Klassenspezifität gibt, nicht aber eine Klassenpolarisierung (vgl. Mau et al. 2024: 290), denn die Unterschiede der Klassen sind marginal – genauso wie die des Alters, von Bildung, Stadt und Land sowie Ost und West (vgl. Mau et al. 2024: 292, 297, 300, 301). Einzig beim Geschlecht zeigt sich, dass Frauen eine höhere Akzeptanz sexueller Vielfalt haben als Männer (vgl. Mau et al. 2024: 302).

2.4.5. Polarisierungsunternehmer

Dass Triggerpunkte von politischen Akteuren bewusst genutzt werden können, um politisch motivierte Ziele zu erreichen, scheint offensichtlich. Politische Akteure, „deren Profilierung primär über die Erzeugung und Kapitalisierung polarisierter Auseinandersetzung erfolgt“, nennen Mau et al. (2024) [375] Polarisierungsunternehmer. Insbesondere die AfD versucht auf diesem Wege, politische Geländegewinne zu realisieren, Berührungspunkte abzumildern und so einen Kulturkampf zwischen rechtskonservativ und linksgrün zu inszenieren (vgl. Mau et al. 2024: 377).

Triggerpunkte werden aber auch von etablierten Akteuren genutzt, um sich von anderen Parteien abzusetzen (vgl. Mau et al. 2024: 388). Social Media begünstigen diese Mechaniken (vgl. Mau et al. 2024: 335-336).

Ohne Frage handelt es sich also bei geschlechtergerechter Sprache um einen gesellschaftlichen Triggerpunkt. Die Vermutung ist äußerst naheliegend, dass dieser Trigger von Polarisierungsunternehmern bedient wird – die Debatte ist jedenfalls, wie schon gezeigt, äußerst vergiftet. Mit Blick auf das Forschungsinteresse dieser Arbeit stellt sich somit die Frage: Bringt die AfD als Polarisierungsunternehmer diesen Triggerpunkt in

den Deutschen Bundestag? Und bedient sie sich auf Facebook bei der Thematisierung geschlechtergerechter Sprache populistischen Praktiken? Und legen andere Individualdaten als die von Mau et al. ebenfalls nahe, dass sozialstrukturelle Merkmale bei der Ablehnung von geschlechtergerechter Sprache kaum eine Rolle spielen? Diese Fragen gilt es im Rahmen dieser Arbeit anhand der drei Analyseebenen zu klären.

2.5. Theoretische Überlegungen

2.5.1. Definitionen

Populismus wird in dieser Arbeit angelehnt an Cas Mudde als eine dünne Ideologie definiert, die im Wesentlichen aus den Aspekten Volksnähe, Elitenkritik und der Wiederherstellung der Volkssouveränität besteht (2004: 543).

Als geschlechtergerechte Sprache wird der Versuch verstanden, Geschlechtergerechtigkeit in der Sprache herzustellen, wobei ein wichtiger Bestandteil die Sichtbarmachung von in der Sprache nicht abgebildeten Geschlechtern ist (vgl. Rödder und Rödder 2022: 6).

2.5.2. Analyse von Individualdaten

Welche sozialstrukturellen Merkmale führen zu einer ablehnenden Einstellung gegenüber geschlechtergerechter Sprache? Grundsätzlich wird erwartet, dass sich anliegend an die Befunde von Mau et al. (2024) [: 287-303] keine größeren sozialstrukturellen Effekte zeigen. Zwar ist geschlechtergerechte Sprache ein gesellschaftlicher Triggerpunkt, allerdings sollte dies in allen Gruppen ähnlich gut erkennbar sein. Dementsprechend wird vermutet, dass es keine größeren Effekte bei allen sozialstrukturellen Merkmalen gibt – mit Ausnahme des Geschlechts und der Gemeindegröße (H1.1). Frauen sollten demnach geschlechtergerechter Sprache positiver gegenüberstehen als Männer (H1.2) und Menschen aus der Stadt positiver als Menschen vom Land (H1.3). Bei der Parteisympathie liegt die Vermutung nahe, dass sich negative Effekte bei der AfD (H1.4) und positive bei den Grünen (H1.5) zeigen, allerdings sollten diese ebenfalls nicht überaus deutlich sein (vgl. Mau et al. 2024: 351-378).

2.5.3. Analyse von Bundestagsanträgen

Im Kern dieser Analyseebene steht die These, dass vor allem rechte und mit Einschränkungen konservative Parteien geschlechtergerechte Sprache thematisieren, um diese als Triggerpunkt für ihre Zwecke zu missbrauchen. Sie schlüpfen, um mit Mau et al. (2024) zu sprechen, in die Rolle der Polarisierungsunternehmer, die bewusst versuchen, einen Kulturkampf zu inszenieren, um von der dadurch bemühten Spaltung zu profitieren. Hypothese H2.1 lautet demnach, dass die AfD geschlechtergerechte Sprache am meisten in

Bundestagsanträgen thematisiert. Darüber hinaus sollen die empirischen Erkenntnisse von Ismayr (2012) auf aktuelle Daten gestützt und die Hypothese bestätigt werden, dass vor allem die Opposition das Instrument der Bundestagsanträge nutzt (H2.2).

2.5.4. Analyse von Facebook-Posts

Zunächst ist zu vermuten, dass aufgrund der oben bereits dargelegten günstigen Rahmenbedingungen auf Social Media populistische Parteien – als Grundlage der Bewertung wird die PopuList (Rooduijn et al. 2023) genutzt, nach der das auf die AfD sowie Die Linke als Grenzfall zutrifft – die Plattform Facebook besonders häufig nutzen, also erkennbar mehr Posts absetzen als die übrigen Parteien (H3.1). Darauf aufbauend wird vermutet, dass die Posts dieser Parteien zu geschlechtergerechter Sprache populistischer sind als bei anderen Parteien, da populistische Parteien auch zu populistischer Kommunikation neigen sollten (H3.2). Wie schon im Zuge der Hypothese H2.1 angesprochen, wird die AfD als Polarisierungsunternehmer angesehen, sodass zu erwarten ist, dass die AfD wie auch bei den Bundestagsanträgen am meisten geschlechtergerechte Sprache thematisiert (H3.3). Da es sich bei geschlechtergerechter Sprache um einen gesellschaftlichen Triggerpunkt handelt, ist anzunehmen, dass im Bundestagswahlkampf 2020/21 besonders viele Posts zu diesem Thema abgesetzt wurden, um davon zu profitieren (vgl. Mau et al. 2024: 388) (H3.4). Zuletzt wird vermutet, dass Posts, in denen der Schwerpunkt auf geschlechtergerechter Sprache liegt, populistischer formuliert sind als Posts, die geschlechtergerechte Sprache nur am Rand thematisieren (H3.5).

3. Analyseebene 1: Individualdaten

3.1. Methodik

Die Daten dieser Analyse stammen aus dem Survey „Sprache und Identität bei Intensivnutzern sozialer Medien (Juli 2022)“ (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Berlin 2023), der von Kantar Public im Auftrag des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung im Zeitraum vom 21.07.2022 bis zum 03.08.2022 durchgeführt wurde. Befragt wurden Intensivnutzer*innen sozialer Medien ab 16 Jahren in Deutschland mittels eines Onlineinterviews (CAWI). Als Intensivnutzer*in galt, wer mindestens ein Mal täglich Social Media nutzte. 1040 Menschen nahmen an der Befragung teil. Für diese Analyse konnten allerdings nur 554 beziehungsweise 564 Fälle einbezogen werden.¹¹ Es handelt sich um eine Querschnittsstudie.

Problematisch ist die geringe Anzahl an verwertbaren Fällen, wodurch es nicht möglich ist, für die Ergebnisse dieser Analyse Repräsentativität zu beanspruchen. Außerdem hat natürlich auch das Online-Format der Studie einen Bias, der allerdings zumindest mithilfe einer Quotierung des Online Access-Panels verringert wurde. Des weiteren bringt die Operationalisierung einiger Variablen einige Einschränkungen mit sich. So wird beispielsweise die Soziale Schicht über eine Selbsteinschätzung in einer fünfstufigen Skala erfasst, obwohl gerade die eigene Schicht oft fälschlich eingeschätzt wird. Schade ist ebenso, dass der Mehrwert für Gleichberechtigung nur dichotom erfasst wird, was im konkreten Fall das Durchführen einer linearen Regression und damit einen besseren Vergleich mit den Studienergebnissen von Mau et al. (2024) verhindert.

Um die Hypothesen zu testen, werden die Variablen „Ablehnung geschlechtergerechter Sprache“ und „Mehrwert für Gleichberechtigung“ einer linearen (Frost 2018) beziehungsweise logistischen Regressionsanalyse (Behnke 2015) unterzogen. Die Fragestellung bei „Mehrwert für Gleichberechtigung“¹² ähnelt dabei der Fragestellung von Mau et al. (2024)¹³, nur leider wurde sie mit einer anderen Skalierung gemessen, wodurch ein direkter

¹¹Grund hierfür ist, dass einbezogene Fälle bei allen im Modell berücksichtigten Variablen eine Antwort gegeben haben müssen.

¹²„Glauben Sie, es bringt die Gleichberechtigung voran, wenn neben der männlichen immer auch die weibliche Form verwendet wird, oder bringt das für die Gleichberechtigung nicht viel?“

¹³„Eine gendergerechte Sprache, bei der alle Geschlechter eingeschlossen sind, ist ein wichtiger Beitrag für die Gleichstellung.“

Vergleich nicht möglich ist. Deswegen wird außerdem die Ablehnung geschlechtergerechter Sprache¹⁴ verwendet, die vom Konstrukt her in die gleiche Richtung gehen sollte.

3.2. Datenanalyse¹⁵ und Ergebnisse¹⁶

Die Analyse der Ablehnung geschlechtergerechter Sprache zeigt sehr offensichtlich, dass die Signifikanzen der meisten Variablen deutlich über den anerkannten Signifikanzniveaus liegt (Tabelle 3.1¹⁷). Das könnte in der schon thematisierten vergleichsweise schwachen Datenqualität begründet liegen. Signifikante Effekte konnten für die Variablen Alter, Geschlecht, Erwerbstätigkeit (Azubi, Rentner*in/Pensionär*in, Student*in), Klasse (Mittelschicht, Oberschicht), Partei (Grüne, AfD) sowie Migrationshintergrund (ich selbst) festgestellt werden. Die folgende Überprüfung der Hypothesen muss vor dem Hintergrund dieser starken Barriere betrachtet werden. Die Hypothese 1.1 kann mit Einschränkungen als nicht widerrufen gelten. Zwar ist kein signifikanter Effekt fürs Alter (0.01) vorhanden und nur kleine Effekte¹⁸ für Azubis (-0.493), Rentner*innen (-0.283) sowie die Mittelschicht (0.387), jedoch konnten auch mittlere Effekte für Studierende (-0.581) und Menschen mit eigenem Migrationshintergrund (-0.5) nachgewiesen werden. Darüber hinaus auch ein hoher Effekt für die Oberschicht (0.983). Menschen aus der Oberschicht unterscheiden sich also von denen der Unterschicht um eine ganze Skalenstufe. Dieser Befund widerspricht allerdings nicht wirklich den Befunden von Mau et al, da Studierende und Migrant*innen lediglich je 3,07 % im Modell ausmachen – die Oberschicht sogar nur 0,9 %. Hypothese

¹⁴ „Ganz allgemein: Was halten Sie von gendergerechter Sprache?“ Das Konstrukt wurde mithilfe einer vierstufigen Skala gemessen.

¹⁵ Alle Berechnungen dieser Arbeit wurden mit R (R Core Team 2024, Version 4.4.1) durchgeführt. Dafür wurden folgende Pakete verwendet: `car` (Fox und Weisberg 2019, Version 3.1-2), `dplyr` (Wickham et al. 2023, Version 1.1.4), `ggplot2` (Wickham 2016, Version 3.5.1), `ggpubr` (Kassambara 2023, Version 0.6.0), `gmodels` (Warnes et al. 2024, S. 2.19.1), `kableExtra` (Zhu 2024, Version 1.4.0), `knitr` (Xie 2024, Version 1.47), `lubridate` (Grolemund und Wickham 2011, Version 1.93), `readr` (Wickham, Hester, et al. 2024, Version 2.1.5), `sjlabelled` (Lüdtke 2022, Version: 1.2.0), `sjmisc` (Lüdtke 2018, Version 2.8.10), `sjPlot` (Lüdtke 2024, Version 2.8.16), `stargazer` (Hlavac 2022, Version 5.2.3), `stringr` (Wickham 2023, Version 1.5.1), `tidyr` (Wickham, Vaughan, et al. 2024, Version 1.3.1), `tidyverse` (Wickham et al. 2019, Version 2.0.0), `viridis` (Garnier et al. 2024, Version 0.6.5) und `viridisLite` (Garnier et al. 2023, Version 0.4.2). Die Erstellung dieser Arbeit erfolgte mit Quarto (Allaire et al. 2024, Version 1.5.56).

¹⁶ Die Prüfung der Vorannahmen befindet sich im Anhang B.

¹⁷ Zur Lesart der Tabelle: Dichotome Variablen wie das Geschlecht bezeichnen in Klammern die Ausprägung, für die der Koeffizient gilt. Beim Geschlecht ist die Bezugsgröße die Ausprägung Mann, dementsprechend ist mit „(w)“ gekennzeichnet, dass der Koeffizient von -0.171 für Frauen gilt. Kategoriale Variablen wie die Erwerbstätigkeit (ET) sind jeweils im Bezug zur ersten Ausprägung zu verstehen. Bei der Erwerbstätigkeit ist dies Voll-/Teilzeiterwerbstätig (inkl. Mini-Jobs), bei der Klasse die Unterschicht, beim Haushaltseinkommen unter 1.500 €, bei der Gemeindegröße unter 5.000 Einwohner*innen, bei der Partei die SPD und beim Migrationshintergrund kein Migrationshintergrund.

¹⁸ Als kleiner Effekt wird ein Koeffizient von 0.25–0.5 definiert, ein mittlerer Effekt ein Koeffizient von 0.5–0.75, ein großer Effekt ein Koeffizient von 0.75–1 und ein sehr großer Effekt ein Koeffizient von >1. Der Koeffizient gibt an, um wie viel sich der Wert der abhängigen Variable ändert, wenn man den Wert der unabhängigen Variable um eins erhöht.

H1.2 zeigt nur einen sehr schwachen Effekt für Frauen (-0.171) und muss damit widerrufen werden. Für die Hypothese 1.3 konnten keine signifikanten Effekte festgestellt werden. Anders für H1.4 und H1.5: Für beide zeigt sich der prognostizierte Zusammenhang. Grünen-Sympathisant*innen lehnen geschlechtergerechte Sprache deutlich weniger ab (-0.523 , im Vergleich zu SPD-Sympathisant*innen), AfD-Sympathisant*innen deutlich mehr (0.833). Das Modell leistet mit $F(40, 513) = 3.562$, $p < 0.01$ einen signifikanten Erklärungsbeitrag, die Varianzaufklärung ist mit $R^2 = 0.217$ moderat (korrr. $R^2 = 0.156$).

Zum Vergleich wird an dieser Stelle zusätzlich die rechte Seite von Tabelle 3.1 hinzugezogen, die einerseits die Koeffizienten (links, mit Signifikanzsternen) und andererseits die Odds Ratios (rechts). Auch hier zeigen sich nur sehr wenige signifikante Effekte: Deutsch nicht als Muttersprache, Haushaltsgröße, Anzahl der Kinder im Haushalt, Haushaltsnettoeinkommen (alle) sowie Partei (AfD).¹⁹ Mit Blick auf die Hypothesen kann somit für H1.2, H1.3 und H1.4 keine Aussage getroffen werden. Bezüglich H1.1 ergibt sich ein . Es ergibt sich ein leichter Effekt für Nicht-Muttersprachler*innen. Die Wahrscheinlichkeit, dass sie geschlechtergerechte Sprache einen Mehrwert für die Gleichberechtigung zuschreiben, ist 1.2 mal höher als bei Muttersprachler*innen. Für die Haushaltsgröße sowie die Anzahl der Kinder im Haushalt lässt sich kein Effekt beobachten. Anders für die drei Einkommensgruppen, für die sich das schon in Betrachtung des linearen Modells angedeutete Bild ergibt, dass die höheren Einkommensklassen geschlechtergerechter Sprache eher skeptischer gegenüberstehen als die unterste – ein bemerkenswerter Befund, der sich mit Mau et al. (2024: 175) gleicht. Auch hier ist der Effekt nur leicht, im Reziprok der Odds: 1.200, 1.212, 1.272. H1.1 wird damit eher bestärkt unter der oben genannten Einschränkung. Auch für die AfD kann lediglich ein leichter Effekt nachgewiesen werden: Es ist 1.229 mal wahrscheinlicher, dass ein*e AfD-Sympathisant*in geschlechtergerechte Sprache keinen Mehrwert für die Gleichberechtigung zugesteht. H1.4 ist damit leicht bekräftigt worden.

3.3. Auswertung

Insgesamt zeigt die Analyse vor allem die Schwachpunkte der vorliegenden Daten auf. Trotzdem können Tendenzen aus den Modellen abgeleitet werden: H1.1 wurde mit Einschränkungen bekräftigt. Es konnten keine signifikant großen Effekte befunden werden. H1.2 ist falsifiziert, das Geschlecht hat nur einen sehr leichten Effekt. Für die Hypothese 1.3 fehlten signifikante Daten, sodass auf ihre Prüfung verzichtet werden musste. H1.4 konnte klar bekräftigt werden: AfD-Sympathie führt signifikant mehr zur Ablehnung geschlechtergerechter Sprache. H1.5 konnte ebenso bekräftigt werden, auch wenn keine Signifikanz für das logistische Modell vorhanden war.

¹⁹Bis auf die Gemeindegröße (5–20 Tsd., $p = 0.126$) sind alle Variablen weit entfernt von einem der drei möglichen Signifikanzniveaus.

Tabelle 3.1.: Regressionsmodelle zur Ablehnung geschlechtergerechter Sprache. Daten: Sprache und Identität (2022). Eigene Berechnung.

	Abhängige Variable:		
	Ablehnung geS	Mehrwert für Gleichberechtigung	
Alter	0.010**	−0.001	0.999***
Geschlecht (w)	−0.171**	−0.0002	1.000***
Ost-West (Ost)	0.038	−0.063	0.939***
Bildung (Studium)	−0.103	−0.006	0.994***
Deutsch nicht als Muttersprache	−0.166	0.191**	1.211***
ET: Azubi	−0.493*	−0.008	0.992***
ET: in 1-€-Job tätig	−0.486	0.157	1.170***
ET: Arbeitslos	0.424	−0.032	0.968***
ET: Altersteilzeit	0.779	0.178	1.195***
ET: Rentner*in/Pensionär*in	−0.283**	0.047	1.048***
ET: Schüler*in	−0.118	−0.026	0.974***
ET: Student*in	−0.581**	0.084	1.088***
ET: Hausfrau*Hausmann	−0.078	0.018	1.018***
ET: FSJ/FÖJ/BFD	−0.460	0.258	1.294***
ET: Sonstiges	0.157	−0.192	0.825***
Klasse: untere Mittelschicht	0.211	−0.011	0.989***
Klasse: Mittelschicht	0.387*	−0.075	0.928***
Klasse: obere Mittelschicht	0.299	−0.017	0.983***
Klasse: Oberschicht	0.983**	−0.215	0.807***
Haushaltsgröße	0.041	−0.075**	0.928***
Kinder im Haushalt	−0.066	0.080**	1.084***
Haushaltsnettoeinkommen: 1.500-2.500	−0.221	−0.180**	0.835***
Haushaltsnettoeinkommen: 2.500-3.500	−0.084	−0.193**	0.825***
Haushaltsnettoeinkommen: über 3.500	−0.179	−0.241***	0.786***
Gemeindegröße: 5-20 Tsd.	−0.112	0.089	1.093***
Gemeindegröße: 20-50 Tsd.	0.011	−0.0003	1.000***
Gemeindegröße: 50-100 Tsd.	−0.082	0.010	1.010***
Gemeindegröße: 100-500 Tsd.	−0.153	0.075	1.077***
Gemeindegröße: über 500 Tsd.	0.143	−0.012	0.988***
Partei: CDU	0.065	0.040	1.040***
Partei: CSU	0.057	−0.031	0.969***
Partei: Bündnis 90/Die Grünen	−0.523***	0.079	1.082***
Partei: FDP	0.181	−0.087	0.916***
Partei: AfD	0.833***	−0.206***	0.814***
Partei: Die Linke	0.053	0.040	1.041***
Partei: Andere Partei	0.032	−0.043	0.958***
Partei: Keine Partei ist sympathisch	0.015	−0.066	0.936***
Migrationshintergrund (ich selbst)	−0.500*	0.027	1.028***
Migrationshintergrund (ein Elternteil)	−0.061	0.006	1.006***
Migrationshintergrund (beide Eltern)	0.213	0.008	1.008***
Constant	2.545***	1.672***	5.324***
Observations	554	564	564
R ²	0.217		
Adjusted R ²	0.156		
Log Likelihood		−285.760	−285.760
Akaike Inf. Crit.		653.520	653.520
Residual Std. Error	0.897 (df = 513)		
F Statistic	3.562*** (df = 40; 513)		

Note:

*p<0.1; **p<0.05; ***p<0.01

4. Analyseebene 2: Bundestagsanträge

4.1. Methodik

Mithilfe der API des Bundestags wurden sämtliche Bundestagsanträge gesammelt, die im Untersuchungszeitraum gestellt wurden.²⁰ Aus diesem Datensatz wurden alle Anträge entfernt, die keine Anträge aus den Reihen des Bundestags waren, sondern aus dem Bundesrat heraus gestellt wurden. Dies gilt auch für Regierungs- und Ministeriumsanträge, die allerdings weder einen relevanten Anteil ausmachen noch Anträge zum Thema geschlechtergerechte Sprache enthielten.

Untersucht wurden Anträge im Zeitraum vom 24.10.2017, dem Tag der ersten konstituierenden Sitzung des Bundestags nach der Bundestagswahl 2017, bis zum 19.06.2024. Der Startzeitpunkt wurde in Abhängigkeit zu den Bundestagswahlen festgelegt, da sich, wie gezeigt, das Antragsverhalten je nach Regierungs- und Oppositionsbeteiligung unterscheidet. Um dies auf eine aktuelle Empirie zu stellen, werden Zeiträume festgelegt, die sich hinsichtlich der Wahlperioden nicht überlappen. So wird die Wahlperiode also nochmals in vier Zeiträume unterteilt.²¹ Es ergibt also Sinn, eine Bundestagswahl beziehungsweise die erste konstituierende Sitzung danach als Ausgangspunkt zu nehmen. Dass die Bundestagswahl 2017 dafür ausgewählt wurde, hat einerseits mit forschungsökonomischen Gründen zu tun und andererseits damit, dass geschlechtergerechte Sprache vor allem in den letzten Jahren eine starke Politisierung bis hin zu einer Polarisierung erfahren hat (vgl. Kapitel 2.1 und Kapitel 2.4). Auch die AfD, die einen Großteil der betreffenden Anträge auf sich vereint, saß vor 2017 noch nicht im Bundestag. Somit kann davon ausgegangen werden, dass vor 2017 weitaus weniger Analyseeinheiten aufgetreten wären und dadurch der Aufwand gegenüber dem Nutzen deutlich überwiegt.

²⁰Der Code für die API-Anfrage ist zusammen mit dem gesamten Code dieser Arbeit im Online-Anhang (Anhang D) zu finden.

²¹Die Zeiträume sind: 24.10.2017–25.10.2018, 26.10.2018–25.10.2019, 26.10.2019–25.10.2020, 26.10.2020–25.10.2021, 26.10.2021–25.10.2022, 26.10.2022–25.10.2023, 26.10.2023–19.06.2024. Der 26.10. ist der Tag der konstituierenden Sitzung des 20. Deutschen Bundestag, weshalb er als Stichtag für die Perioden gilt. Ausnahme ist der Starttag der ersten Periode (siehe oben) sowie der letzte Tag, der in forschungspragmatischen Gründen (der Abgabe dieser Arbeit) begründet liegt.

Die Analyse fokussiert sich auf den Deutschen Bundestag beziehungsweise dessen Fraktionen und Gruppen, obwohl zwar auch einfache Abgeordnete Anträge stellen können (vgl. Kapitel 2.2), dies aber im Untersuchungszeitraum nicht der Fall war. Damit wurden grundsätzlich Anträge der SPD-Fraktion, der CDU/CSU-Fraktion (auch: Unions-Fraktion), der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion, der AfD-Fraktion, der Gruppe Die Linke sowie der Gruppe BSW berücksichtigt.²² Darüber hinaus gab es zwei inhaltliche Kriterien für die Einbeziehung. Das notwendige Kriterium `sprache+` und `sprachlich+`²³ sollte dabei sicherstellen, dass die Zahl der fälschlich ausgewählten Anträge nicht zu hoch ist,²⁴ um die manuelle Auswahl zu verkürzen. Das zweite, ebenfalls notwendige Kriterium umfasste die Wörter `gender+`, `geschlecht(.*)gerecht+` sowie `generisch+`²⁵.

Um die Hypothesen zu überprüfen wird vornehmlich auf deskriptive Statistiken zurückgegriffen, die aus den Daten hervorgehen.

4.2. Datenanalyse und Ergebnisse

Die Ergebnisse der Datenanalyse sind in Abbildung 4.1 zu sehen. Die so verschiedene Gesamtzahl an Anträgen (Abbildung 4.1a, $\chi^2(6) = 1520.3$, $p < 0.01$) kann anhand Abbildung 4.1b ($\chi^2(6, 4316) = 914.31$, $p < 0.01$) erklärt werden: Die Oppositionsfraktionen der Wahlperiode 19 (Grüne, FDP, AfD, Linke) nutzten das Instrument des Bundestagsantrags relativ vier bis fünfmal so oft wie die Regierungsfaktionen aus SPD und Union.²⁶ Dasselbe Bild zeigt sich in Wahlperiode 20 (Opposition: Union, AfD, Linke, BSW). Die Abweichung bei den Linken ist vermutlich mit dem deutlich kleineren Fraktionsbeziehungsweise nach der Gründung des BSW mit dem Gruppen-Dasein zu erklären. Letzteres gilt genauso für das BSW. Auch ein Blick auf Abbildung 4.1c ($\chi^2(36, 4316) = 1157.07$, $p < 0.01$) bestärkt diese Vermutung. Hypothese 2.2 kann also als bekräftigt gelten.

²²Da das BSW noch nicht lange eine Gruppe im Deutschen Bundestag stellt, haben die Daten diesbezüglich keine größere Aussagekraft. Trotzdem wurde das BSW der Vollständigkeit halber mitbetrachtet.

²³Das Zeichen + steht für einen beliebig langen Platzhalter, der null oder mehr Zeichen umfasst. Groß- und Kleinschreibung spielen keine Rolle.

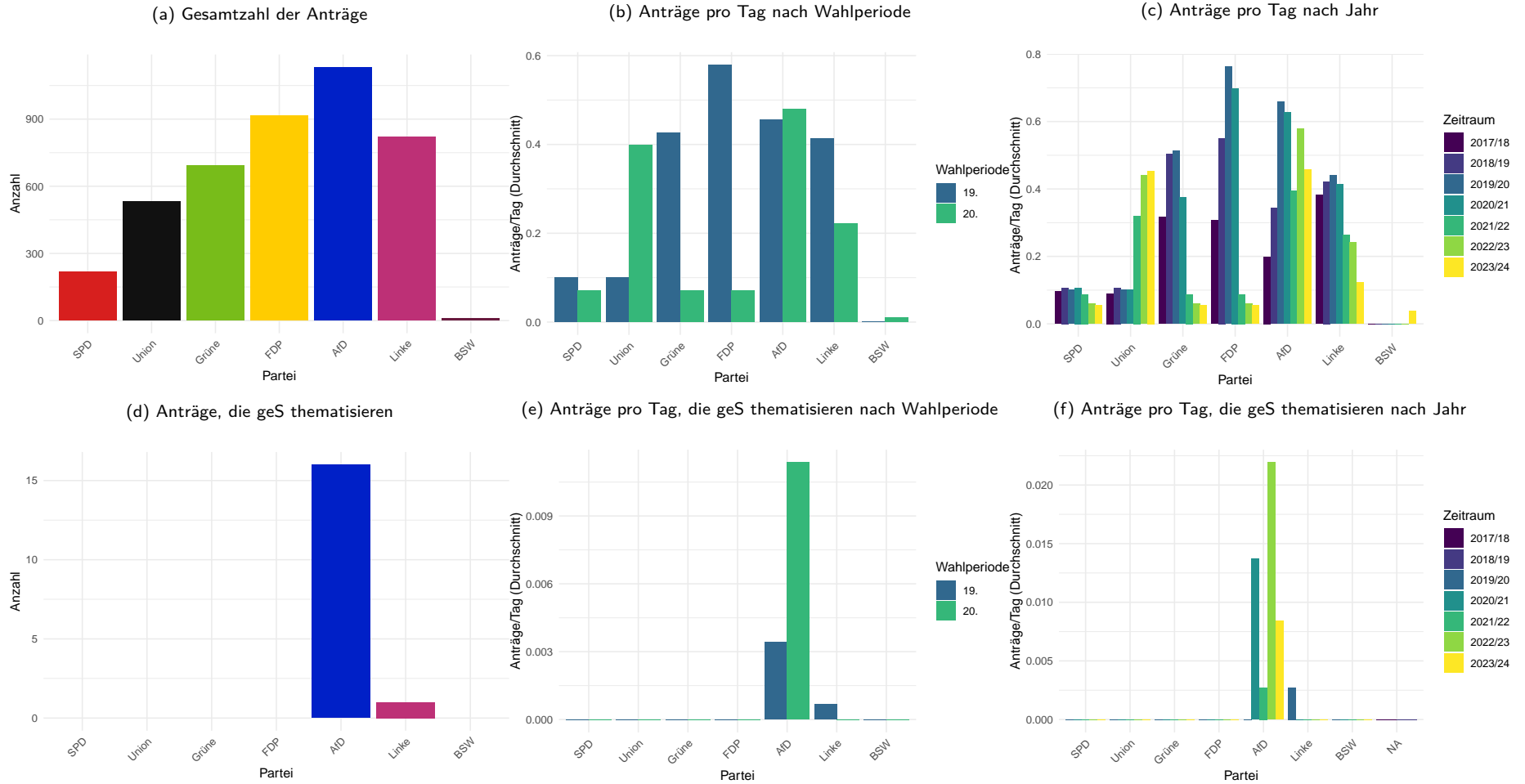
²⁴Durch das zweite Kriterium würden grundsätzlich auch Anträge mit den Wortfolgen „hervorragender“ oder „aufgrund steigender Infektionszahlen“ ausgewählt. Es ist nicht davon auszugehen, dass in Anträgen, in denen geschlechtergerechte Sprache thematisiert wird, nicht das Wort Sprache oder sprachlich vorkommt.

²⁵Das Zeichen (.*) bewirkt einen beliebig langen Platzhalter zwischen den beiden Wörtern „geschlecht“ und „gerecht+“, das bedeutet, es können auch ganze Wörter zwischen diesen beiden stehen.

Die Auswahl erfolgte automatisiert über das R-Paket *stringr* (Wickham 2023). Anschließend wurden die Posts manuell auf ihre korrekte Zuordnung überprüft.

²⁶Um die beiden Wahlperioden (und auch die Zeiträume) miteinander vergleichen zu können, wurde der Durchschnitt pro Tag gebildet. Zwar spiegelt das nicht die realen Arbeitszeiten des Parlamentes wider, schafft aber zumindest etwas mehr Vergleichbarkeit.

Abbildung 4.1.: Bundestagsanträge der Fraktionen/Gruppen zwischen 2017 und 2024 – Gesamt, nach Wahlperiode, nach Jahr. Eigene Abbildung (geS = geschlechtergerechte Sprache)



Gleiches gilt für Hypothese 2.1, die klar bestärkt werden kann. Mit 16 von 17 kommen fast alle Bundestagsanträge, die im Untersuchungszeitraum gestellt wurden, von der AfD (Abbildung 4.1d, $\chi^2(1) = 13.24$, $p < 0.01$). Nur ein Antrag kommt von den Linken. Bei der Betrachtung von Abbildung 4.1e ($\chi^2(1, 17) = 1.95$, $p = 0.35^{27}$) fällt auf, dass die Thematisierung in der 20. Wahlperiode, wenn auch nicht signifikant, so zumindest deutlich zugenommen hat. Überhaupt wurde geschlechtergerechte Sprache im Untersuchungszeitraum erst 2019/20 angesprochen (Abbildung 4.1f, $\chi^2(4, 17) = 17$, $p = 0.12^{28}$). Auch diese Beobachtung ist auf keinem Signifikanzniveau signifikant, obgleich die reale Überzufälligkeit aufgrund der geringen Fallzahl schwer zu ermitteln ist.²⁹

4.3. Auswertung

Zusammenfassend ist festzustellen, dass beide Hypothesen dieser Analyseebene nicht falsifiziert werden konnten. Das Antragsverhalten scheint sich somit tatsächlich mit einer Regierungsbeteiligung zu verändern – Oppositionsfraktionen stellten vier bis fünfmal so viele Anträge wie Regierungsfaktionen. Ebenso konnte festgestellt werden, dass fast ausschließlich die AfD Bundestagsanträge stellt, in denen geschlechtergerechte Sprache thematisiert wird. Durch die bloße Verwendung des Triggerpunktes geschlechtergerechte Sprache scheint sich die Vermutung des Polarisierungsunternehmers AfD zu erhärten. Ob sich dies auch in Facebook-Posts sowie deren Populismusgrad zeigt, wird im Folgenden zu klären sein.

²⁷Fisher-Test zur Ermittlung der exakten Signifikanz.

²⁸Fisher-Test zur Ermittlung der exakten Signifikanz.

²⁹Zumal man argumentieren könnte, dass es sich im Sinne der Fragestellung um eine Vollerhebung handelt. Bei selbigen ist die Verwendung von Signifikanztest umstritten (vgl. Behnke 2005).

5. Analyseebene 3: Facebook-Posts

In der letzten Analyseebene werden nun Facebook-Posts der Bundestagsparteien analysiert.

5.1. Methodik

Die Erhebung der zugrunde liegenden Daten erfolgte mithilfe der Software Facepager (Jünger und Keyling 2020). Diese sammelt die Daten über die Graph API von Facebook (v14.0), wofür das Preset „Get Posts“ (v14.0) genutzt wurde.

Der Untersuchungszeitraum war parallel zur Erhebung der Bundestagsanträge der 24.10.2017 bis zum 19.06.2024. Genau wie bei den Bundestagsanträgen (vgl. Ismayr 2012: 403) ist in Betracht zu ziehen, dass sich das Postverhalten mit einer Regierungsbeteiligung verändern könnte (vgl. Engesser et al. 2017: 1358-1359). Um zusätzlich einen zeitlichen Überblick über das Antragsverhalten zu ermöglichen, ist es sinnvoll, dass sich Oppositions- und Regierungszeit innerhalb eines Zeitraums nicht überlappen, um gegebenenfalls Antragsverhalten auf das Oppositionsdasein rückführen zu können.³⁰ Deswegen wurden sowohl die Wahlperiode als auch die schon in Kapitel 4.1 benannten Zeiträume erhoben. Wie auch bei den Bundestagsanträgen wird davon ausgegangen, dass vor 2017 weitaus weniger Analyseeinheiten zu verzeichnen gewesen wären und dadurch der Aufwand den wissenschaftlichen Nutzen deutlich überwogen hätte.

Der Untersuchungsbereich bezieht sich ausschließlich auf deutsche Parteien. Innerhalb dieses Pools wurden anhand einer Auswahl typischer Fälle lediglich die Parteien betrachtet, die während des Untersuchungszeitraums eine Gruppe oder eine Fraktion im Bundestag stellten oder Teil davon waren.³¹ Übrig bleiben nach dieser Auswahl die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), die Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU) und ihre Schwesterpartei, die Christlich-Soziale Union in Bayern (CSU), Bündnis 90/Die Grünen

³⁰Dass dies nicht statistisch zwingend belegt werden kann, ist dem Autor durchaus bewusst. Allerdings soll das Vorgehen ermöglichen, Vermutungen in diese Richtung anzustellen, um möglichen Nachfolgeuntersuchungen erste Hinweise für eine empirisch und statistisch saubere Untersuchung zu liefern.

³¹Damit ist der Südschleswigsche Wählerverband (SSW) beispielsweise nicht Teil der Analyse, obwohl die Partei als Partei nationaler Minderheiten 2021 in den Bundestag gewählt wurde. Ihr Abgeordneter Stefan Seidler ist fraktionslos. Gleiches gilt für die Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, Elitenförderung und basisdemokratische Initiative (Die PARTEI) und Marco Bülow, der 2018 als Mitglied des Bundestages (MdB) aus der SPD und der SPD-Fraktion austrat, um 2020 in die Partei Die PARTEI einzutreten (vgl. Starzmann 2020: o. S.).

(Grüne), die Freie Demokratische Partei (FDP), die Alternative für Deutschland (AfD), Die Linke (Linke), sowie das Bündnis Sahra Wagenknecht – Vernunft und Gerechtigkeit (BSW), die im Folgenden der Übersicht halber auch als „Bundestagsparteien“ bezeichnet werden.

Die Social-Media-Kommunikation der Bundestagsparteien wurde operationalisiert durch Facebook-Posts. Soziale Medien stehen deswegen im Fokus dieser Analyse, da sie Populismus unter anderem aufgrund der direkteren Verbindung zur Zielgruppe im Gegensatz zu anderen Medien (vgl. Engesser et al. 2017: 1113) einen besonders guten Nährboden bieten (vgl. Müller 2016: 194; vgl. Engesser et al. 2017: 1350). Außerdem gehören sie zum festen Kommunikationsrepertoire der Parteien (vgl. Spieß et al. 2020: 221), sodass davon ausgegangen werden kann, dass die transportierten Inhalte Ausdruck der Parteimeinung sind. Facebook wurde als Plattform aus drei Gründen ausgewählt: Erstens zeigten bereits Spieß et al. (2020) [222], „dass populistische Kommunikation insbesondere auf Facebook reüssiert“. Ernst et al. (2017: 1357) kamen darüber hinaus zu dem Schluss, dass populistische Kommunikation auf Facebook mehr vertreten ist als bei X (damals Twitter). Zweitens ist Facebook die größte Social-Media-Plattform in Deutschland (vgl. Abbildung 5.1),³² die darüber hinaus auch populärer und sozial gemischter ist als andere (Text-)Plattformen (vgl. Ernst et al. 2017: 1352). Und drittens konnten aus forschungsökonomischen Gründen keine weiteren Plattformen untersucht werden.³³ Ein weiterer Vorteil gegenüber X (ehemals Twitter) ist die nicht vorhandene Zeichenlimitationen, wodurch populistische Konstrukte viel umfangreicher formuliert werden können.

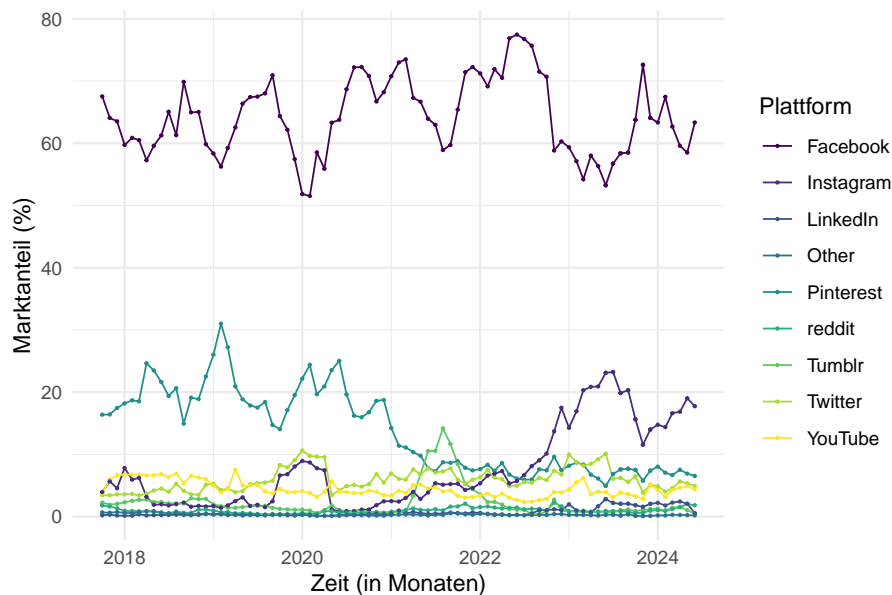
Die Analyse bezieht sich inhaltlich auf die Social-Media-Kommunikation der Bundestagsparteien. Diese wird operationalisiert durch die Posts der Bundesparteien, beschränkt auf das Medium Facebook.³⁴ Eine Ausnahme stellt die CSU dar, die keine Bundespartei hat, da sie ausschließlich in Bayern aktiv ist. Aufgrund des Gewichts der Partei wurde sich dennoch

³²Kritisch angemerkt werden muss, dass die Daten von Statcounter GlobalStats (2024) wichtige Plattformen wie TikTok, Snapchat oder Twitch nicht berücksichtigen. Das ist durchaus problematisch und verzerrt die Daten vermutlich deutlich, wie ein Blick auf die ARD/ZDF-Onlinestudie zeigt, bei der die Ergebnisse erheblich anders aussehen (vgl. Koch 2023). Der Grund könnte darin liegen, dass die Messung bei GlobalStats über Website-Klicks erfolgt, während Instagram, TikTok und Co. klassische App-Plattformen sind, die wenig bis kaum im Internet genutzt werden. Hinzu kommt, dass das Nutzungsverhalten sich auch nach Altersgruppen unterscheiden dürfte: Zu vermuten wäre beispielsweise, dass junge Menschen eher die App-Anwendung nutzen als ältere. Weil junge Menschen vermutlich mehr auf Social Media unterwegs sind, ist der Bias dementsprechend sehr hoch. Zugute halten muss man den Daten allerdings, dass abseits dessen die Datenvalidität aufgrund ihrer automatisierten Erfassung über die Websiteclicks besser sein dürfte als bei Befragungsergebnissen wie der ARD/ZDF-Onlinestudie, die ein korrektes Einschätzungsvermögen der Befragten voraussetzt. Auch wenn die exakten Nutzungszahlen immer nur eine Annäherung sein können und einige wichtige Plattformen nicht oder zu wenig berücksichtigt wurden, ist eine Tendenz aus den Daten in jedem Falle ablesbar.

³³Interessant wäre sicherlich die Untersuchung von X (ehemals Twitter) als eine sehr diskussionsfreudige Plattform gerade hinsichtlich politisch-gesellschaftlicher Themen gewesen. Auch bezüglich der Unterschiede in der Kommunikation auf beiden Plattformen bieten sich aufgrund des professionellen wie auch elitären Charakters von X interessante Forschungsfelder (vgl. Degen und Olgemöller 2023: 45). Allerdings gewährt X seit dem 09.02.2024 keinen kostenfreien API-Zugang mehr (vgl. Weiß 2023: o. S.).

³⁴Folgende Accounts waren damit Teil der Analyse: SPD, CDU, CSU, B90DieGrünen, FDP, alternative-fuerde, linkspartei sowie BSW.Bund.

Abbildung 5.1.: Marktanteile verschiedener Social-Media-Plattformen im Zeitverlauf (10/2017–06/2024). Datengrundlage: Statcounter GlobalStats. Eigene Abbildung



für eine Miteinbeziehung der CSU entschieden, obgleich dies einige Probleme mit sich bringt. Da der Facebook-Account der CSU vornehmlich nicht nur für Bundespolitik zuständig ist, sondern auch für Landespolitik – anders als die Bundesaccounts der anderen Bundestagsparteien –, beeinflussen auch landespolitische Themen die Postinhalte. Das kann sich beispielsweise an der Thematisierung von Verboten der Geschlechterumschreibung durch Sonderzeichen in Bayern ausdrücken. In anderen Bundestagsparteien ist dies eine Angelegenheit des jeweiligen Landesverbands, weswegen sie erst einmal gar nicht zuständig sind und landespolitische Sachverhalte abgesehen von Wahlwerbung zu Landtagswahlen eher nicht kommentieren. Auch Landtagswahlen an sich sind ein problematischer Bias, denn im Wahlkampf fahren Parteien Kampagnen, die sich natürlich auch auf die Social-Media-Kommunikation auswirken. Grundsätzlich betreffen Landtagswahlen alle Parteien gleich, dies gilt jedoch nicht für die CSU, die lediglich der Bundestagswahlkampf sowie der Bayernwahlkampf betrifft.³⁵ Zusätzlich hat der Bayernwahlkampf für die CSU eine ähnlich große Dimension wie der Bundestagswahlkampf, während die 16 (beziehungsweise für die CDU 15) Landtagswahlkämpfe für die Bundespartei-Accounts auf Facebook wesentlich weniger Relevanz haben als der Bundestagswahlkampf.³⁶ Die Bewertung der Ergebnisse muss vor diesen Hintergründen vorgenommen werden.

Berücksichtigt wurden all jene Facebook-Posts, die über Textinhalte in der Variable *message* verfügen. Das bedeutet, dass Posts mit Bild- oder Videoanhängen grundsätzlich einbe-

³⁵Im Untersuchungszeitraum fanden zwei Bayernwahlen statt (2018 und 2023).

³⁶Zumal auch einbezogen werden müsste, dass auch die verschiedenen Landtagswahlen eine unterschiedlich große Relevanz für die Parteien haben – ob aus Prestige Gründen oder aktuellen politischen Trends. Es sei einmal mehr darauf verwiesen, dass Theorien komplexitätsreduzierend wirken.

zogen wurden, insofern sie auch über einen Text verfügten, wobei Bild- und Videoanhänge allerdings nicht codiert wurden.

Zuletzt werden ausschließlich die Posts der Inhaltsanalyse unterzogen, die das Thema geschlechtergerechte Sprache mindestens anschnitten. Dabei ist wichtig zu erwähnen, dass die Nutzung geschlechtergerechter Sprache an sich keine Thematisierung im Sinne des Forschungsinteresses darstellt, da eine theoretische Differenzierung bezüglich der Verwendung geschlechtergerechter Sprache kaum möglich ist. Korrekterweise ist schon das generische Maskulinum eine Form geschlechtergerechter Sprache (vgl. Wizorek 2022: 4; vgl. Eisenberg 2022: 35) genauso wie die weit verbreitete Beidnennung (beispielsweise in „Studentinnen und Studenten“, siehe auch Kapitel 2.1). Als Thematisierung gelten alle Verwendungen der Wortbestandteile `gender+`, `geschlecht(.*)gerecht+` sowie `generisch+`,³⁷ die semantisch mit geschlechtergerechter Sprache zu tun haben.³⁸

Kritisch zu betrachten ist, dass die Inhaltsanalyse lediglich von einem einzelnen Codierer vorgenommen wurde. Zwar ist die Auswahlinheit nicht besonders groß (vgl. Rössler 2017: 174), allerdings stellte sich heraus, dass die Reliabilität im Codierprozess nur schwer von einem einzelnen Codierer sicherzustellen ist (vgl. dazu Rössler 2017: 175). Zwar erfolgte eine Art Pretestphase, die jedoch ebenso an den forschungsökonomischen Gegebenheiten dieser Arbeit krankt (vgl. Brosius et al. 2022: 176).

Die Daten werden mithilfe einer manuellen standardisierten Inhaltsanalyse (vgl. Rössler 2017; Brosius et al. 2022) analysiert. Die ausführliche Dokumentation dazu befindet sich im dieser Arbeit beiliegenden Codebuch (Anhang C).

Um die Hypothesen zu überprüfen wird vornehmlich auf deskriptive Statistiken zurückgegriffen, die aus den Daten hervorgehen.

Der Populismusgrad wird dabei über eine neundimensionale, angepasste Skala nach Spieß et al. (2020) und Ernst et al. (2017) ermittelt, die auf der schon thematisierten Definition von Mudde (2004) beruht.³⁹ Jede der drei Populismusdimensionen wird durch verschiedene Variablen ausgedrückt. Eine ausführliche Beschreibung aller Dimensionen und Variablen findet sich im Codebuch (Anhang C). Kritisch anzumerken ist an dieser Stelle, dass das Vorgehen der Multidimensionalität von Populismus in dem Sinne nicht vollständig gerecht wird, als dass Posts mit hohen Elitenkritik-Werten denselben Score erhalten können wie

³⁷Das Zeichen + steht für einen beliebig langen Platzhalter, der null oder mehr Zeichen umfasst. Das Zeichen (.*) bewirkt einen beliebig langen Platzhalter zwischen den beiden Wörtern „geschlecht“ und „gerecht+“, das bedeutet, es können auch ganze Wörter zwischen diesen beiden stehen. Groß- und Kleinschreibung spielen keine Rolle.

³⁸Die Auswahl erfolgte automatisiert über das R-Paket *stringr* (Wickham 2023). Anschließend wurden die Posts manuell auf ihre korrekte Zuordnung überprüft. Da „gender“ auch in Wörtern wie „aufregender“, „steigender“, „hervorragender“ vorkommt, gab es relativ viele falsche Zuordnungen. Trotzdem wurde auf ein zweites Auswahlkriterium verzichtet, da die Gefahr der fälschlichen Ausschließung bei Facebook-Posts wesentlich höher eingeschätzt wird.

³⁹Der Skalenwert 0 bedeutet, die Aussagen zu geschlechtergerechter Sprache enthalten keinen Populismus, die Skalenwerte 1 und 2 bedeuten geringen Populismus, 3 und 4 moderaten Populismus sowie 5 und höher hohen Populismus (vgl. Spieß et al. 2020: 228).

Posts mit mittleren Volksnähe-, Elitenkritik- und Wiederherstellung-von-Volkssouveränitäts-Werten (vgl. Lewandowsky 2022: 36).

5.2. Datenanalyse und Ergebnisse

Einen Überblick über die Ergebnisse der Inhaltsanalyse liefert Abbildung 5.2. In Abbildung 5.2a ist zu sehen, dass die Anzahl der geposteten Beiträge zwischen den Parteien stark und signifikant variiert ($\chi^2(7) = 6456.5$, $p < 0.01$). Mit Abstand posten CSU und AfD die meisten Textnachrichten. Auffällig ist, dass die Grünen sehr abgeschlagen sind und auch die Linken weitaus weniger aktiv sind als erwartet. Die hohen Werte der CSU lassen sich durch die beiden Bayernwahlkämpfe erklären, die die anderen Bundesparteien nicht in dem Maße betrafen. Die niedrigen Werte des BSW sind im jungen Alter der Partei begründet. H3.1 kann also als widerlegt gelten, auch wenn die AfD ohne Frage deutlich mehr aktiv ist als die anderen Parteien.

Schaut man auf die Thematisierung geschlechtergerechter Sprache in den untersuchten Facebook-Posts (Abbildung 5.2d), kann deutlich festgestellt werden, dass die AfD das Feld signifikant dominiert ($\chi^2(3) = 118.54$, $p < 0.01$). Einzig die CSU thematisiert geschlechtergerechte Sprache ebenfalls oft, was unter anderem auf den Bayernwahlkampf 2023 zurückgeführt werden könnte, in dessen Zeitfenster besonders viele Posts pro Tag abgesetzt wurden (Abbildung 5.2f) – was mit Blick auf H3.4 plausibel erscheint. Dasselbe, wenn auch gestauchtere, Bild zeigt sich auch in der Betrachtung der Posts, die sich hauptsächlich mit geschlechtergerechter Sprache befassen (Abbildung 5.2g, $\chi^2(2) = 22.17$, $p < 0.01$; Abbildung 5.2i, $\chi^2(12, 36) = 21.8$, $p < 0.01^{40}$). Hypothese 3.3 gilt damit als nicht falsifiziert.

Dahingegen kann Hypothese 3.4 weder bekräftigt noch verworfen werden. Zwar wurden die meisten Posts zu geschlechtergerechter Sprache im Vorfeld des Bundestagswahlkampfes 2021 veröffentlicht (35 %), jedoch sind die Zahlen für das folgende Jahr ebenfalls sehr hoch (Abbildung 5.2f, $\chi^2(18, 74) = 35.23$, $p < 0.05^{41}$) – auch wenn sich für Posts mit dem Hauptthema geschlechtergerechte Sprache ein anderes Bild zeigt (Abbildung 5.2i; Anteil 44 %).

Interessant ist, dass die Daten nahelegen, dass geschlechtergerechte Sprache einerseits rein zahlenmäßig gar kein so großes Thema war (auch wenn Vergleiche zu anderen Themenbereichen notwendig wären, um dies zwingend festzustellen) und andererseits der Peak des Themas längst überschritten ist – zumindest für Posts der Bundestagsparteien. Zudem legt die sinkende Zahl der durchschnittlichen Posts pro Tag den Schluss nahe, dass auch das Medium Facebook seinen Peak bereits hinter sich hat (Abbildung 5.2b, $\chi^2(7) =$

⁴⁰Fisher-Test zur Ermittlung der exakten Signifikanz.

⁴¹Fisher-Test zur Ermittlung der exakten Signifikanz.

560.03, $p < 0.01$). Dies könnte durch zeitlich umfangreichere Untersuchungen und im Vergleich zu anderen Social Media noch exakter bearbeitet werden. Ein eventueller Zusammenhang zwischen einer Regierungsbeteiligung und dem Postverhalten kann aus den Daten nicht abgeleitet werden (Abbildung 5.2b).

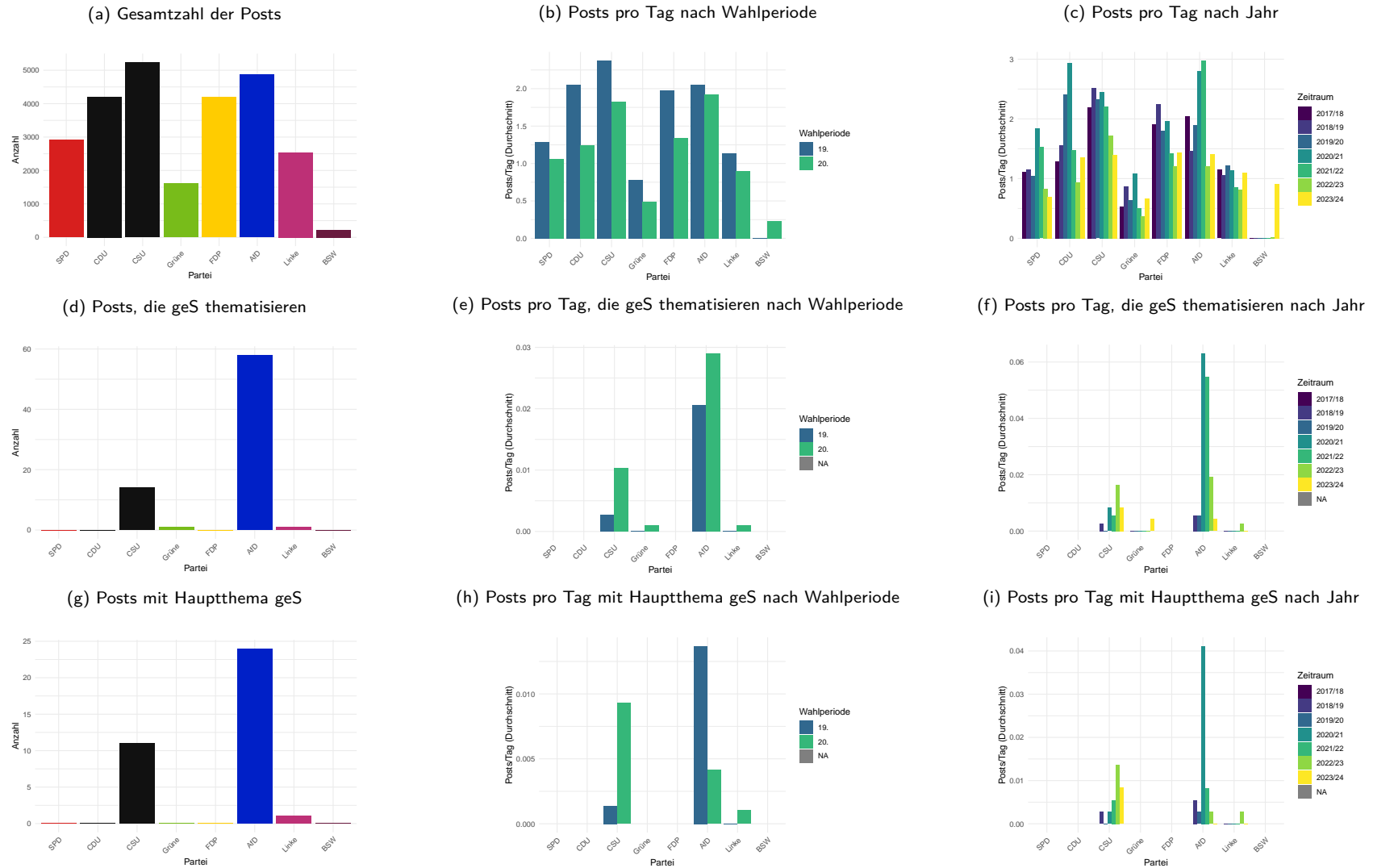
Bei der Betrachtung der Hypothese 3.2 sowie Abbildung 5.3 springt sofort ins Auge, dass vor allem und fast ausschließlich die AfD und die CSU populistisch über geschlechtergerechte Sprache sprechen. Aus dem Violin-Plot (Abbildung 5.3a, $\chi^2(18, 74) = 27.82$, $p < 0.1^{42}$) geht hervor, dass die AfD populistischer agiert, was sich sowohl mit Blick auf die Bewertungsstufen (gering, moderat, hoch) zeigt (Abbildung 5.3b, $\chi^2(9, 74) = 15.37$, $p = 0.14^{43}$), als auch in Bezug auf die Posts mit Hauptthema geschlechtergerechter Sprache (Abbildung 5.3c, $\chi^2(12, 36) = 16.57$, $p = 0.31$; Abbildung 5.3d, $\chi^2(6, 36) = 4.62$, $p = 0.5^{44}$) – wenn auch für alle drei Grafiken gilt, dass sie ein zu hohes Maß an Überzufälligkeit aufweisen. Hypothese 3.2 kann somit nur in Teilen bekräftigt werden, die Linken fallen wie schon bei H3.1 aus dem theoretischen Raster.

⁴²Fisher-Test zur Ermittlung der exakten Signifikanz.

⁴³Fishers-Test zur Ermittlung der exakten Signifikanz.

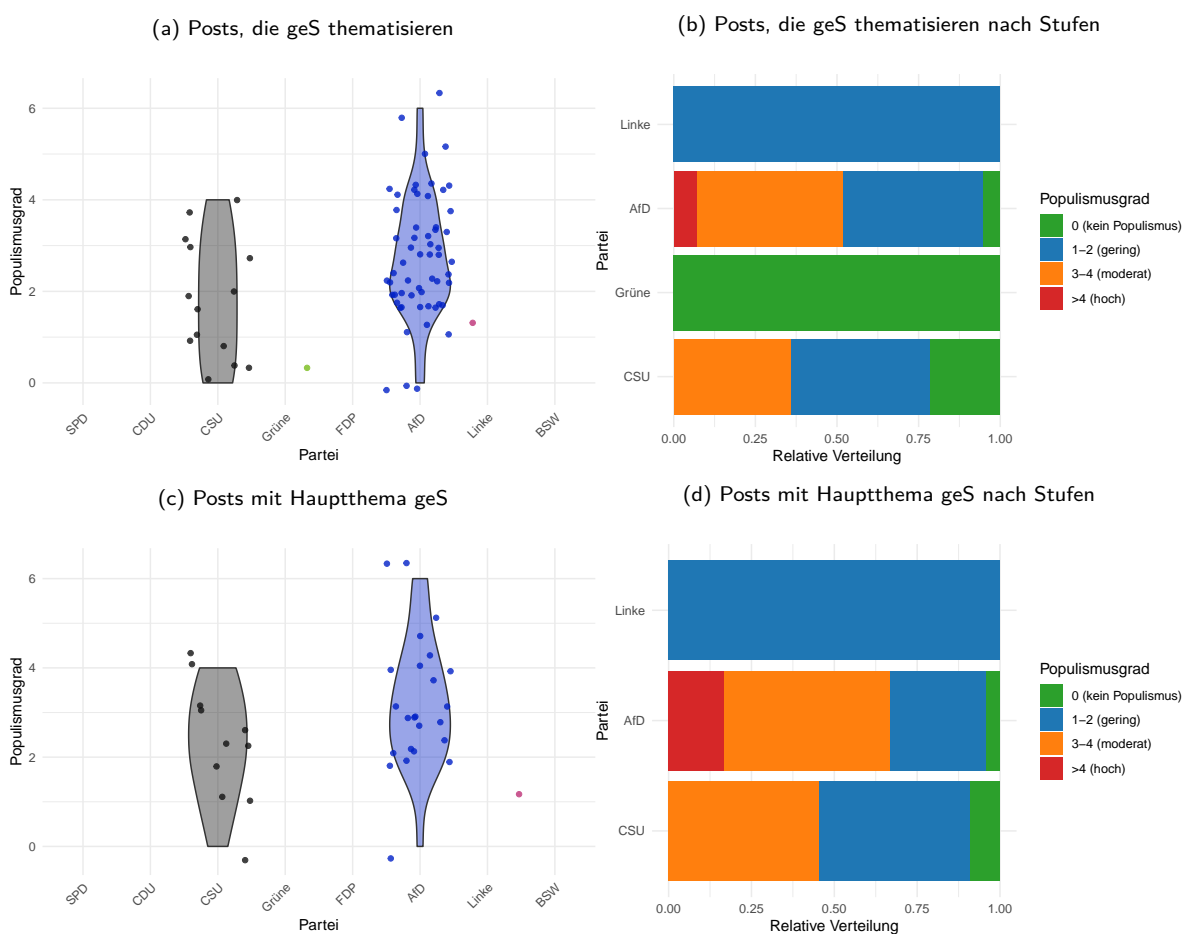
⁴⁴Jeweils: Fishers-Test zur Ermittlung der exakten Signifikanz.

Abbildung 5.2.: Facebook-Posts der Bundestagsparteien zwischen 2017 und 2024 – Gesamt, nach Wahlperiode, nach Jahr. Eigene Abbildung (geS = geschlechtergerechte Sprache)



Nicht falsifiziert und auch klar bekräftigt werden kann dagegen Hypothese 3.5: Posts, in denen hauptsächlich geschlechtergerechte Sprache thematisiert wird und nicht nur Randthema ist, sind besonders und häufiger populistisch (Abbildung 5.3) – wenn auch hinsichtlich der Signifikanz dieselben Einschränkungen für die Abbildungen (b) bis (d) gelten. Zwar enthalten nicht mehr AfD-Posts populistische Äußerungen, allerdings weisen sie mehr Populismusdimensionen auf, wenn geschlechtergerechte Sprache das Hauptthema des Posts ist. Bei der CSU ist dagegen sogar festzustellen, dass beides gilt: Mehr Posts sind populistisch und die Posts weisen mehr Populismusdimensionen auf.

Abbildung 5.3.: Populismusgrad der Facebook-Posts zu geschlechtergerechter Sprache (geS) zwischen 2017 und 2024. Eigene Abbildung



5.3. Auswertung

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass Facebook eher ein Medium der rechten und konservativen Parteien zu sein scheint – sie sind deutlich aktiver. H3.1 konnte so widerlegt werden. Auch die anschließende Hypothese 3.2 gilt nur für die AfD. Darüber hinaus tritt

aber auch die CSU als besonders populismusfreudig hervor. H3.3 konnte klar bekräftigt werden: Die AfD thematisiert geschlechtergerechte Sprache mit Abstand am häufigsten. Der Verdacht des Polarisierungsunternehmers AfD erhärtet sich damit. Nachfolgende Forschung könnte an diesem Punkt weiter ansetzen. Im Bundestagswahlkampf wurde geschlechtergerechte Sprache besonders häufig verwendet, H3.4 gilt also als bekräftigt. Das gleiche gilt für H3.5.

6. Zusammenfassung

Wird geschlechtergerechte Sprache vornehmlich von Rechtskonservativen und vor allem der AfD thematisiert? Diese Frage lässt sich nun eindeutig mit Ja beantworten. Aber eines nach dem anderen.

In der ersten Analyseebene konnte festgestellt werden, dass die Befunde von Mau et al. anhand der vorliegenden Daten, die einige Schwächen haben, nicht widerlegt werden konnten. Auch beim so kontroversen Thema der geschlechtergerechten Sprache, das ein so hohes Maß an Triggerpotential aufweist, scheint es also keine gesellschaftliche Polarisierung zu geben. Das ist erstaunlich, wird doch gerade bei diesem Thema von Medien und Diskursteilnehmer*innen oft auf eine Polarisierung verwiesen. Nichtsdestotrotz erfordert es weitere Forschung mit besseren Daten, um diese Erkenntnisse auf standfestere Beine zu stellen. Ideal wäre eine Untersuchung, die an die empirischen Erkenntnisse von Mau et al. (2024) anschließt.

Wie schon angedeutet hat sich in der zweiten Analyseebene gezeigt, dass fast ausschließlich die AfD geschlechtergerechte Sprache mittels Bundestagsanträgen thematisiert. Das lässt die Vermutung aufsteigen, dass die AfD bewusst dieses Triggerthema ins deutsche Parlament schleust, um die übrigen Fraktionen und über die mediale Aufmerksamkeit auch die deutsche Gesellschaft zu polarisieren und sich zu einem Standpunkt zu bekennen. Des weiteren konnte gezeigt werden, dass sich das Antragsverhalten mit einer Regierungsbeteiligung deutlich verändert. Bestehende Erkenntnisse von Ismayr (2012) wurden so auf eine aktuellere Datenbasis gestellt.

Den Befund, dass vor allem die AfD geschlechtergerechte Sprache auf die (gesellschaftliche) Tagesordnung bringt, bestätigt auch die dritte und letzte Analyseebene, die sich Facebook-Posts widmete und diese auf ihren Populismusgehalt untersuchte. Zunächst konnte festgestellt werden, dass rechtskonservative Parteien überdurchschnittlich viele Posts auf Facebook absetzen, Facebook scheint also in parteilicher Hinsicht ein rechtskonservatives Medium zu sein – das allerdings immer weniger verwendet wird, die Post-Zahlen sind rückläufig. Außerdem wurde herausgefunden, dass das Postverhalten abhängig vom Wahlkampf sein könnte. Weitergehende Forschung könnte an dieser Stelle ansetzen und sich auch Zusammenhängen mit populistischer Kommunikation widmen. Zuletzt – und das ist wohl der entscheidende Befund – stellte sich heraus, dass ausschließlich die AfD und die CSU populistische Posts zum Thema geschlechtergerechter Sprache veröffentlichten – und das besonders häufig im Wahlkampf. Das legt tatsächlich die Vermutung nahe, dass

geschlechtergerechte Sprache aktiv als Triggerpunkt genutzt wird, um politisch davon zu profitieren. Das Konzept der Triggerpunkte könnte ein Erklärungsmodell für solche sensiblen Bereiche des öffentlichen Diskurses sein, die Menschen zu einer starken und affektiven Reaktion drängen und das es weiter zu untersuchen gilt. Zukünftige Forschung könnte neue und weitere Erkenntnisse zur Erklärung liefern und sich explorativ auch einer gesellschaftlichen Perspektive widmen, wie ein sinnvoller Umgang damit sein kann.

A. Literaturverzeichnis

- Allaire, J. J., Charles Teague, Carlos Scheidegger, Yihui Xie, und Christophe Dervieux. 2024. Quarto. <https://github.com/quarto-dev/quarto-cli>.
- Bald, Detlef, Wilhelm Sahner, und Matthias Zimmer. 1988. *Parlamentarische Kontrolle, Bundeswehr und öffentliche Meinung. Dargestellt am Beispiel der Großen und Kleinen Anfragen des Deutschen Bundestages 1953 bis 1987*. München: Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr.
- Bedijs, Kristina, Bettina Kluge, und Dinah K. Leschzyk. 2022. Wie gendern die Anderen? Diskurse über geschlechtersensible Sprache in Spanien, Brasilien und Frankreich. *Aus Politik und Zeitgeschehen* 72: 43–48.
- Behnke, Joachim. 2005. Lassen sich Signifikanztests auf Vollerhebungen anwenden? Einige essayistische Anmerkungen. *Politische Vierteljahresschrift* 46: O1–O15.
- Behnke, Joachim. 2015. *Logistische Regressionsanalyse: Eine Einführung*. Wiesbaden: Springer VS.
- Bereswill, Mechthild, Gudrun Ehlert, und Anke Neuber. 2021. Feindselige Anfragen. Die Nutzung eines parlamentarischen Instruments zur Diskreditierung der Geschlechterforschung. *GENDER - Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft* 108–122.
- Blätte, Andreas, und Christoph Leonhardt. 2023. GermaParl Corpus of Plenary Protocols.
- Braun, Friederike, Sabine Sczesny, und Dagmar Stahlberg. 2005. Cognitive Effects of Masculine Generics in German: An Overview of Empirical Findings. *Communications* 30: 1–21.
- Brosius, Hans-Bernd, Alexander Haas, und Julian Unkel. 2022. *Methoden der empirischen Kommunikationsforschung. Eine Einführung*. 8. Aufl. Wiesbaden: Springer VS.
- Carstensen, Franziska. 2018. Die Nutzung von Großen Anfragen im Bundestag und in den deutschen Landesparlamenten: warum so unterschiedlich? *ZParl Zeitschrift für Parlamentsfragen* 49: 477–497.
- Decker, Frank. 2006a. Die populistische Herausforderung. Theoretische und ländervergleichende Perspektiven. In *Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?*, Hrsg. Frank Decker, 9–32. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Decker, Frank, Hrsg. 2006b. *Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Decker, Frank. 2021. Populismus. In *Handwörterbuch des politischen Systems der Bun-*

- desrepublik Deutschland*, Hrsg. Uwe Andersen, Jörg Bogumil, Stefan Marschall und Wichard Woyke, 776–782. Wiesbaden: Springer VS.
- Decker, Frank, und Marcel Lewandowsky. 2017. Rechtspopulismus in Europa: Erscheinungsformen, Ursachen und Gegenstrategien. *Zeitschrift für Politik* 64: 21–38.
- Degen, Matthias, und Max Olgemöller. 2023. Populistische Kommunikation auf Facebook – Social-Media-Postings radikaler und moderater Parteien im Corona-Wahlkampf. Hrsg. Martin Fuchs und Martin Motzkau, 39–55. Wiesbaden: Springer VS.
- Diewald, Gabriele, und Damaris Nübling. 2022. „Genus – Sexus – Gender“ – ein spannungs- und ertragreiches Themenfeld der Linguistik. Hrsg. Gabriele Diewald und Damaris Nübling, 3–31. Berlin/Boston: De Gruyter.
- Eisenberg, Peter. 2022. Weder geschlechtergerecht noch geschlechtersensibel. *Aus Politik und Zeitgeschehen* 72: 30–35.
- Engesser, Sven, Nicole Ernst, Frank Esser, und Florin Büchel. 2017. Populism and social media: how politicians spread a fragmented ideology. *Information, Communication & Society* 20: 1109–1126.
- Ernst, Nicole, Sven Engesser, Florin Büchel, Sina Blassnig, und Frank Esser. 2017. Extreme parties and populism: an analysis of Facebook and Twitter across six countries. *Information, Communication & Society* 20: 13471364.
- Fox, John, und Sanford Weisberg. 2019. *An R Companion to Applied Regression*. 3. Aufl. Thousand Oaks, CA: Sage.
- Franzmann, Simon T., und Marcel Lewandowsky. 2020. *Populismus? Populismen! Programmatische Heterogenität rechtspopulistischer Parteien in Westeuropa*. Bonn. https://www.bapp-bonn.de/wp-content/uploads/BAPP_Publikation_Forschungsprojekt_Populismus_final.pdf. Zugegriffen: 1. Juli 2024.
- Froböse, Lars. 2020. *Populismus 2.0? Eine Diskursanalyse der politischen Polarisierung auf Twitter*.
- Frost, Irasianty. 2018. *Einfache lineare Regression*. Wiesbaden: Springer VS.
- Garnier, Simon et al. 2023. viridisLite - Colorblind-Friendly Color Maps for R. <https://sjmgarnier.github.io/viridis/>.
- Garnier, Simon et al. 2024. viridis - Colorblind-Friendly Color Maps for R. <https://sjmgarnier.github.io/viridis/>.
- Gehrmann, Julian. 2024. „Das wird man ja wohl noch sagen dürfen!“ – Eine politolinguistische Analyse des Bundestagswahlkampfes 2021. Masterarbeit, Marburg.
- Grolemund, Garrett, und Hadley Wickham. 2011. Dates and Times Made Easy with lubridate. *Journal of Statistical Software* 40: 1–25.
- Günthner, Susanne. 2017. Sprachwissenschaft und Geschlechterforschung: Übermittelt unsere Sprache ein androzentrisches Weltbild? Hrsg. Beate Kortendiek, Birgit Riegraf und Katja Sabisch, 1–9. Wiesbaden: Springer VS.
- Hackmann, Nina, und Christina Wolff. 2023. Einleitung: Diskursive Auseinandersetzung

- mit Zweigeschlechtlichkeit und die hochschulpolitische Ausgangslage. Hrsg. Nina Hackmann, Dulguun Shirchinbal und Christina Wolff, 11–20. Verlag Barbara Budrich.
- Heinze, Anna-Sophie. 2022. Zwischen Etablierung und Mainstreaming: Zum Stand der Forschung zu Populismus und Rechtsradikalismus. *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* 16: 161–175.
- Hlavac, Marek. 2022. *stargazer: Well-Formatted Regression and Summary Statistics Tables*. Bratislava, Slovakia: Social Policy Institute.
- Hünermund, Sebastian. 2018. Kleine Anfragen im Deutschen Bundestag. Zu den Funktionen des Frageinstruments am Beispiel der 17. Wahlperiode. *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 49: 455–476.
- Ismayr, Wolfgang. 2012. *Der Deutsche Bundestag*. 3., völlig überarbeitete und aktualisierte Auflage. Wiesbaden: Springer VS.
- Jansen, Carolin, Katarina Bader, und Lars Rinsdorf. 2020. "ARD und co verbreiten ein unglaubliches Maß an Propagandalügen" - populistische Elemente in deutschsprachigen Fake News. In *Integration durch Kommunikation (in einer digitalen Gesellschaft). Jahrbuch der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft 2019, Jahrbuch der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft*, Hrsg. Volker Gehrau, Annie Waldherr und Armin Scholl, 141–152. Münster: Deutsche Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft e.V.
- Jerabek, Petr. 2024. Bayern beschließt Verbot von Gendersprache. <https://www.br.de/nachrichten/bayern/bayern-beschliesst-verbot-von-gendersprache,U7T9VzC>. Zugegriffen: 14. Juli 2024.
- Jünger, Jakob, und Till Keyling. 2020. Facepager. An application for automated data retrieval on the web. <https://github.com/strohne/Facepager/>.
- Kassambara, Alboukadel. 2023. ggpubr: 'ggplot2' Based Publication Ready Plots. <https://CRAN.R-project.org/package=ggpubr>.
- Koch, Wolfgang. 2023. Soziale Medien werden 30 Minuten am Tag genutzt – Instagram ist die Plattform Nummer eins. Ergebnisse der ARD/ZDF-Onlinestudie 2023. *Media Perspektiven* 1–8.
- Kotthoff, Helga. 2022. Zwischen berechtigtem Anliegen und bedenklicher Symbolpolitik. *Aus Politik und Zeitgeschehen* 72: 12–13.
- Lehmann, Pola et al. 2024. *Manifesto Corpus*. Berlin/Göttingen: WZB Berlin Social Science Center/Institute for Democracy Research (IfDem).
- Lewandowsky, Marcel. 2022. *Populismus. Eine Einführung*. Wiesbaden: Springer VS.
- Lind, Miriam, und Damaris Nübling. 2022. Sprache und Bewusstsein. *Aus Politik und Zeitgeschehen* 72: 36–42.
- Lobin, Henning. 2018. Kampf um Höflichkeit. <https://scilogs.spektrum.de/engelbart-galaxis/kampf-um-hoeflichkeit/>. Zugegriffen: 8. Juli 2024.

- Lobin, Henning. 2019. Die Ablehnung von "Gendersprache" – medial produziert. <https://ids-pub.bsz-bw.de/frontdoor/index/index/docId/9067>. Zugegriffen: 8. Juli 2024.
- Lüdecke, Daniel. 2018. sjmisc: Data and Variable Transformation Functions. *Journal of Open Source Software* 3: 754.
- Lüdecke, Daniel. 2022. sjlabelled: Labelled Data Utility Functions. <https://doi.org/10.5281/zenodo.1249215>.
- Lüdecke, Daniel. 2024. sjPlot: Data Visualization for Statistics in Social Science. <https://CRAN.R-project.org/package=sjPlot>.
- Mau, Steffen, Thomas Lux, und Linus Westheuser. 2024. *Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft*. 7. Auflage. Berlin: Suhrkamp.
- MDR Sachsen. 2023. Auch Partner betroffen: Sachsen sagt noch mal Nein zu Gender-Zeichen. <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/dresden/dresden-radebeul/gendern-schule-kultusministerium-kooperationspartner-100.html>. Zugegriffen: 14. Juli 2024.
- Merkle, Susanne. 2016. Populistische Elemente in der Kommunikation der Alternative für Deutschland. In *Europawahlkampf 2014. Internationale Studien zur Rolle der Medien*, Hrsg. Christina Holtz-Bacha, 129–152. Wiesbaden: Springer VS.
- Mudde, Cas. 2004. The Populist Zeitgeist. *Government and Opposition* 39: 541–563.
- Mudde, Cas. 2017. Populism: An Ideational Approach. Bd. 1, Hrsg. Cristóbal Rovira Kaltwasser, Paul Taggart, Paulina Ochoa Espejo und Pierre Ostiguy, 27–47. Oxford University Press.
- Müller, Jan-Werner. 2016. Was ist Populismus? *ZPTh - Zeitschrift für Politische Theorie* 7: 187–201.
- Müller-Spitzer, Carolin. 2018. Kundin oder Kunde – Geschlechtergerechte Sprache revisited. *Verfassungsblog* <https://doi.org/10.17176/20180522-101139>.
- Müller-Spitzer, Carolin. 2020. Geschlechtergerechte Sprache aus sprachwissenschaftlicher Sicht. Ein sachlicher Umgang wäre hilfreich. *Zahnärzteblatt Baden-Württemberg* 47: 53–55.
- Müller-Spitzer, Carolin. 2021. Geschlechtergerechte Sprache: Zumutung, Herausforderung, Notwendigkeit? *Sprachreport* 37: 1–12.
- Müller-Spitzer, Carolin. 2022. Der Kampf ums Gendern. Kontextualisierung der Debatte um eine geschlechtergerechte Sprache. *Kursbuch* 58: 28–45.
- Neubauer, German. 2022. Polarisierung. In *Handbuch Politische Kommunikation*, Hrsg. Isabelle Borucki, Katharina Kleinen-von Königslöw, Stefan Marschall und Thomas Zerback, 411–426. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Payr, Fabian. 2021. *Von Menschen und Mensch*innen. 20 gute Gründe, mit dem Gendern aufzuhören*. Wiesbaden: Springer VS.
- Peters, Teresa. 2024. Ministerpräsident Rhein verbietet Gendersprache in Ministerien.

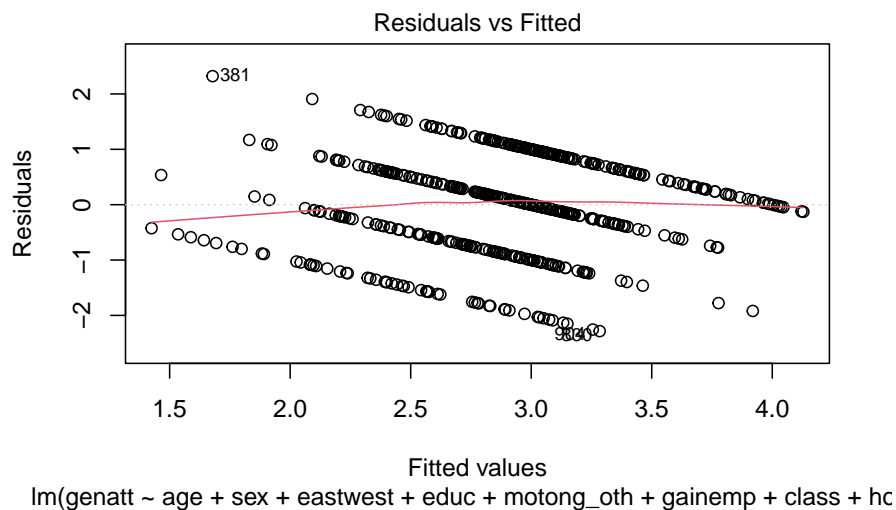
- <https://www.hessenschau.de/politik/ministerpraesident-rhein-verbietet-gendersprache-in-ministerien--v3,gendersprache-ministerium-100.html>. Zugegriffen: 15. Juli 2024.
- Pollatschek, Nele. 2022. They: Gendern auf Englisch. *Aus Politik und Zeitgeschehen* 72: 8–9.
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Berlin. 2023. Sprache und Identität bei Intensivnutzern sozialer Medien (Juli 2022).
- R Core Team. 2024. *R: A Language and Environment for Statistical Computing*. Vienna, Austria: R Foundation for Statistical Computing.
- Rensmann, Lars. 2006. Populismus und Ideologie. In *Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?*, Hrsg. Frank Decker, 59–80. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Rödder, Andreas, und Silvana Rödder. 2022. Sprache und Macht. *Aus Politik und Zeitgeschehen* 72: 6–7.
- Rooduijn, Matthijs et al. 2023. The PopuList: A Database of Populist, Far-Left, and Far-Right Parties Using Expert-Informed Qualitative Comparative Classification (EiQCC). *British Journal of Political Science* 54: 969–978.
- Rössler, Patrick. 2017. *Inhaltsanalyse*. 3. Aufl. Stuttgart: utb.
- Schmiege, Johannes, Ines Engelmann, und Simon Lübke. 2023. Populistisch und verschwörungstheoretisch? *Publizistik* 68: 433–457.
- Schomburg, Neele. 2023. Gendern in Schule und Verwaltung: Welche Bundesländer es verbieten – und welche den Doppelpunkt nutzen. <https://www.rnd.de/politik/gendern-in-schule-und-verwaltung-wo-gilt-das-verbot-bundeslaender-uebersicht-UXSOG4QPP5FFJLHZORHZWR4FA4.html>. Zugegriffen: 14. Juli 2024.
- Schütze, Christin. 2023. Mehr Geschlechter, als die Grammatik kennt: Sprachwissenschaftliche Betrachtungen zwischen Binarität und Diversität. Hrsg. Nina Hackmann, Dulguun Shirchinbal und Christina Wolff, 141–164. Verlag Barbara Budrich.
- Siefken, Sven T. 2010. Parlamentarische Frageverfahren – Symbolpolitik oder wirksames Kontrollinstrument? *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 41: 18–36.
- Simon, Horst J. 2022. Sprache macht Emotionen. Geschlechtergerechtigkeit und Sprachwandel aus Sicht der Historischen Soziolinguistik. *Aus Politik und Zeitgeschehen* 72: 16–22.
- Spieß, Elina, Dennis Frieß, und Anne Schulz. 2020. Populismus auf Facebook. *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 30: 219–240.
- Starzmann, Paul. 2020. Satirepartei erreicht Bundestagsmandat. Ex-SPD-Mann Marco Bülow wechselt zu „Die Partei“. <https://www.tagesspiegel.de/politik/ex-spd-mann-marco-bulow-wechselt-zu-die-partei-4210594.html>. Zugegriffen: 2. August 2024.
- Statcounter. 2024. Statcounter GlobalStats. <https://gs.statcounter.com>.
- Stefanowitsch, Anatol. 2018. *Eine Frage der Moral. Warum wir politisch korrekte Sprache brauchen*. Berlin: Dudenverlag.

- Taggart, Paul. 2004. Populism and representative politics in contemporary Europe. *Journal of Political Ideologies* 9: 269-288.
- Wagenknecht, Sahra. 2022. *Die Selbstgerechten. Mein Gegenprogramm - für Gemeinsinn und Zusammenhalt*. Frankfurt: Campus Verlag.
- Warnes, Gregory R. et al. 2024. gmodels: Various R Programming Tools for Model Fitting. <https://CRAN.R-project.org/package=gmodels>.
- Weidner, Astrid, und Ivo Ruck. 2021. Polarisierung statt Diversity? Wie die Debatte ums Gendern die Gesellschaft spaltet. *Konfliktdynamik* 10: 280–289.
- Weiß, heise. 2023. Twitter macht API-Zugang kostenpflichtig – mit einer Woche Vorlaufzeit. <https://www.heise.de/news/Twitter-macht-API-Zugang-kostenpflichtig-mit-einer-Woche-Vorlaufzeit-7480995.html>. Zugegriffen: 1. August 2024.
- Wickham, Hadley. 2016. *ggplot2: Elegant Graphics for Data Analysis*. New York: Springer-Verlag.
- Wickham, Hadley. 2023. *stringr: Simple, Consistent Wrappers for Common String Operations*.
- Wickham, Hadley et al. 2019. Welcome to the tidyverse. *Journal of Open Source Software* 4: 1686.
- Wickham, Hadley, Romain François, Lionel Henry, Kirill Müller, und Davis Vaughan. 2023. dplyr: A Grammar of Data Manipulation. <https://CRAN.R-project.org/package=dplyr>.
- Wickham, Hadley, Jim Hester, und Jennifer Bryan. 2024. readr: Read Rectangular Text Data. <https://CRAN.R-project.org/package=readr>.
- Wickham, Hadley, Davis Vaughan, und Maximilian Girlich. 2024. tidyr: Tidy Messy Data. <https://CRAN.R-project.org/package=tidyr>.
- Wirth, Werner et al. 2016. The appeal of populist ideas, strategies, and styles: A theoretical model and research design for analyzing populist political communication. *NCCR democracy Working Paper series*.
- Wizorek, Anne. 2022. Vom Gender-Kampfplatz zum Sprachspielraum. *Aus Politik und Zeitgeschehen* 72: 4–5.
- Xie, Yihui. 2024. knitr: A General-Purpose Package for Dynamic Report Generation in R. <https://yihui.org/knitr/>.
- ZEIT ONLINE. 2023. Sachsen-Anhalt: Bildungsministerin verbietet Genderzeichen an Schulen. <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2023-08/gendersternchen-verbot-sachsen-anhalt>. Zugegriffen: 15. Juli 2024.
- Zhu, Hao. 2024. kableExtra: Construct Complex Table with 'kable' and Pipe Syntax. <https://CRAN.R-project.org/package=kableExtra>.

B. Tabellen und Abbildungen

Prüfung der Vorannahmen des linearen Modells: Abbildung B.1 legt Homoskedastizität nahe. Aus Tabelle B.1 geht zudem hervor, dass sich keine VIF-Werte oberhalb des kritischen Werts von 10 befinden. Eine Normalverteilung wird mit Verweis auf Abbildung B.2 angenommen, obgleich diese für die Werte 2 bis 3 leicht abweicht. Damit sind die Vorannahmen des linearen Modells korrekt.

Abbildung B.1.: Homoskedastizität des linearen Modells



Prüfung der Vorannahmen logistische Regression: Für das logistische Modell gibt es lediglich drei Vorannahmen. Es darf keine Multikollinearität vorliegen. Das ist mit Blick auf Tabelle B.2 der Fall. Die Fallzahl der einzelnen Ausprägung sollte über 25 liegen – auch das ist der Fall (429 und 135). Zuletzt sollte die Gesamtfallzahl über 100 liegen, was ebenso der Fall ist (564).

Tabelle B.1.: Multikollinearität des linearen Modells. VIF-Werte

Variable	VIF-Wert	Df	$VIF^{(1/(2*Df))}$
age	2.882	1	1.698
sex	1.191	1	1.091
eastwest	1.164	1	1.079
educ	1.170	1	1.082
motong_oth	2.035	1	1.426
gainemp	6.215	10	1.096
class	2.293	4	1.109
housesize	3.328	1	1.824
childinhouse	3.244	1	1.801
houseinc	2.135	3	1.135
commsize	1.466	5	1.039
party	2.116	8	1.048
migback	2.257	3	1.145

Note:

Anmerkung: VIF-Werte oberhalb von 10 deuten auf starke Multikollinearität hin.

Abbildung B.2.: Verteilung der Residuen des linearen Modells

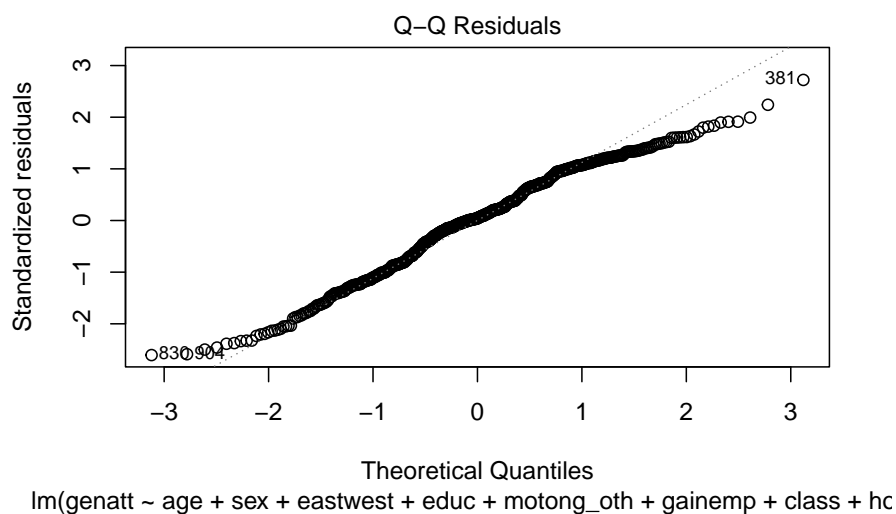


Tabelle B.2.: Multikollinearität des logistischen Modells. VIF-Werte.

Variable	VIF-Wert	Df	$VIF^{(1/(2*Df))}$
age	2.945	1	1.716
sex	1.182	1	1.087
eastwest	1.152	1	1.073
educ	1.173	1	1.083
motong_oth	2.018	1	1.420
gainemp	6.650	10	1.099
class	2.343	4	1.112
housesize	3.264	1	1.807
childinhouse	3.176	1	1.782
houseinc	2.120	3	1.133
commsize	1.488	5	1.041
party	2.076	8	1.047
migback	2.179	3	1.139

Note:

Anmerkung: VIF-Werte oberhalb von 10 deuten auf starke Multikollinearität hin.

Tabelle B.3.: Gesamtzahl der Anträge

Partei	Häufigkeit
SPD	217
Union	532
Grüne	692
FDP	915
AfD	1132
Linke	819
BSW	9

Tabelle B.4.: Anträge pro Tag nach Wahlperiode

Partei	Wahlperiode 19	Wahlperiode 20
SPD	0.1011620	0.0712810
Union	0.0997949	0.3987603
Grüne	0.4265208	0.0702479
FDP	0.5789474	0.0702479
AfD	0.4559125	0.4803719
Linke	0.4135338	0.2210744
BSW	0.0000000	0.0092975

Tabelle B.5.: Anträge pro Tag nach Jahr

Partei	2017/18	2018/19	2019/20	2020/21	2021/22	2022/23	2023/24
SPD	0.0953678	0.1068493	0.1010929	0.1068493	0.0876712	0.0602740	0.0546218
Union	0.0899183	0.1068493	0.1010929	0.1013699	0.3205479	0.4410959	0.4537815
Grüne	0.3160763	0.5041096	0.5136612	0.3753425	0.0876712	0.0602740	0.0546218
FDP	0.3079019	0.5506849	0.7622951	0.6986301	0.0876712	0.0602740	0.0546218
AfD	0.1989101	0.3424658	0.6584699	0.6273973	0.3945205	0.5780822	0.4579832
Linke	0.3814714	0.4219178	0.4398907	0.4136986	0.2630137	0.2410959	0.1218487
BSW	0.0000000	0.0000000	0.0000000	0.0000000	0.0000000	0.0000000	0.0378151

Tabelle B.6.: Anträge, die geschlechtergerechte Sprache thematisieren

Partei	Häufigkeit
SPD	NA
Union	NA
Grüne	NA
FDP	NA
AfD	16
Linke	1
BSW	NA

Tabelle B.7.: Anträge pro Tag, die geschlechtergerechte Sprache thematisieren nach Wahlperiode

Partei	Wahlperiode 19	Wahlperiode 20
SPD	0.0000000	0.0000000
Union	0.0000000	0.0000000
Grüne	0.0000000	0.0000000
FDP	0.0000000	0.0000000
AfD	0.0034176	0.0113636
Linke	0.0006835	0.0000000
BSW	0.0000000	0.0000000

Tabelle B.8.: Anträge pro Tag, die geschlechtergerechte Sprache thematisieren nach Jahr

Partei	2017/18	2018/19	2019/20	2020/21	2021/22	2022/23	2023/24
SPD	0.0000000	0.0000000	0.0000000	0.0000000	0.0000000	NA	NA
Union	0.0000000	0.0000000	0.0000000	0.0000000	0.0000000	NA	NA
Grüne	0.0000000	0.0000000	0.0000000	0.0000000	0.0000000	NA	NA
FDP	0.0000000	0.0000000	0.0000000	0.0000000	0.0000000	NA	NA
AfD	0.0000000	0.0136986	0.0027397	0.0219178	0.0084034	NA	NA
Linke	0.0027322	0.0000000	0.0000000	0.0000000	0.0000000	NA	NA
BSW	0.0000000	0.0000000	0.0000000	0.0000000	0.0000000	NA	NA
NA	NA	NA	NA	NA	NA	0	0

Tabelle B.9.: Gesamtzahl der Posts

Partei	Häufigkeit
SPD	2915
CDU	4203
CSU	5237
Grüne	1616
FDP	4195
AfD	4867
Linke	2538
BSW	222

Tabelle B.10.: Posts pro Tag nach Wahlperiode

Partei	Wahlperiode 19	Wahlperiode 20
AfD	2.0519481	1.9266529
BSW	0.0000000	0.2293388
CDU	2.0485304	1.2458678
CSU	2.3725222	1.8243802
FDP	1.9801777	1.3409091
Grüne	0.7799043	0.4907025
Linke	1.1401230	0.8987603
SPD	1.2911825	1.0599174

Tabelle B.11.: Posts por Tag nach Jahr

Partei	2017/18	2018/19	2019/20	2020/21	2021/22	2022/23	2023/24
AfD	2.0463215	1.4657534	1.8934426	2.802740	2.9726027	1.2136986	1.4159664
BSW	0.0000000	0.0000000	0.0000000	0.000000	0.0000000	0.0136986	0.9117647
CDU	1.2888283	1.5589041	2.4153005	2.934247	1.4821918	0.9342466	1.3613445
CSU	2.1989101	2.5205479	2.3224044	2.449315	2.2027397	1.7260274	1.3949580
FDP	1.9100817	2.2438356	1.8060109	1.961644	1.4191781	1.2027397	1.4327731
Grüne	0.5313351	0.8657534	0.6420765	1.082192	0.5013699	0.3671233	0.6638655
Linke	1.1471390	1.0575342	1.2158470	1.139726	0.8520548	0.8136986	1.1008403
SPD	1.1171662	1.1589041	1.0409836	1.849315	1.5260274	0.8356164	0.6890756

Tabelle B.12.: Posts, die geschlechtergerechte Sprache thematisieren

Partei	Häufigkeit
SPD	0
CDU	0
CSU	14
Grüne	1
FDP	0
AfD	58
Linke	1
BSW	0

Tabelle B.13.: Posts pro Tag, die geschlechtergerechte Sprache thematisieren nach Wahlperiode

Partei	Wahlperiode 19	Wahlperiode 20	NA
CSU	0.0027341	0.0103306	NA
Grüne	0.0000000	0.0010331	NA
AfD	0.0205058	0.0289256	NA
Linke	0.0000000	0.0010331	NA
SPD	NA	NA	NA
CDU	NA	NA	NA
FDP	NA	NA	NA
BSW	NA	NA	NA

Tabelle B.14.: Posts pro Tag, die geschlechtergerechte Sprache thematisieren nach Jahr

Partei	2017/18	2018/19	2019/20	2020/21	2021/22	2022/23	2023/24	NA
CSU	NA	0.0027397	0.0000000	0.0082192	0.0054795	0.0164384	0.0084034	NA
Grüne	NA	0.0000000	0.0000000	0.0000000	0.0000000	0.0000000	0.0042017	NA
AfD	NA	0.0054795	0.0054645	0.0630137	0.0547945	0.0191781	0.0042017	NA
Linke	NA	0.0000000	0.0000000	0.0000000	0.0000000	0.0027397	0.0000000	NA
SPD	NA	NA	NA	NA	NA	NA	NA	NA
CDU	NA	NA	NA	NA	NA	NA	NA	NA
FDP	NA	NA	NA	NA	NA	NA	NA	NA
BSW	NA	NA	NA	NA	NA	NA	NA	NA

Tabelle B.15.: Posts mit Hauptthema geschlechtergerechte Sprache

Partei	Häufigkeit
SPD	0
CDU	0
CSU	11
Grüne	0
FDP	0
AfD	24
Linke	1
BSW	0

Tabelle B.16.: Posts pro Tag mit Hauptthema geschlechtergerechte Sprache nach Wahlperiode

Partei	Wahlperiode 19	Wahlperiode 20	NA
CSU	0.0013671	0.0092975	NA
Grüne	NA	NA	NA
AfD	0.0136705	0.0041322	NA
Linke	0.0000000	0.0010331	NA
SPD	NA	NA	NA
CDU	NA	NA	NA
FDP	NA	NA	NA
BSW	NA	NA	NA

Tabelle B.17.: Posts pro Tag mit Hauptthema geschlechtergerechte
Sprache nach Jahr

Partei	2017/18	2018/19	2019/20	2020/21	2021/22	2022/23	2023/24	NA
CSU	NA	0.0027397	0.0000000	0.0027397	0.0054795	0.0136986	0.0084034	NA
Grüne	NA	NA	NA	NA	NA	NA	NA	NA
AfD	NA	0.0054795	0.0027322	0.0410959	0.0082192	0.0027397	0.0000000	NA
Linke	NA	0.0000000	0.0000000	0.0000000	0.0000000	0.0027397	0.0000000	NA
SPD	NA	NA	NA	NA	NA	NA	NA	NA
CDU	NA	NA	NA	NA	NA	NA	NA	NA
FDP	NA	NA	NA	NA	NA	NA	NA	NA
BSW	NA	NA	NA	NA	NA	NA	NA	NA

C. Codebuch

Inhaltsverzeichnis

1	Definitorischer Rahmen	1
1.1	Untersuchungsziel	1
1.2	Definition wichtiger Begriffe	1
1.3	Definition der Auswahleinheit	2
1.4	Definition der Analyseeinheit(en)	3
1.5	Definition der Codiereinheiten	3
1.6	Definition der Kontexteinheit	3
1.7	Beschreibung der Vorgehensweise	3
1.8	Reliabilität	5
2	Kategoriensystem und Codieranweisungen	5
2.1	Hauptthema	5
2.2	Volksnähe	6
2.2.1	Homogenisierung	6
2.2.2	Idealisierung	7
2.2.3	Selbstpositionierung	7
2.3	Elitenkritik	7
2.3.1	Konzeptkritik	8
2.3.2	Moralkritik	8
2.3.3	Schuldzuweisung	9
2.3.4	Medienkritik	9
2.4	Wiederherstellung der Volkssouveränität	9
2.4.1	Mehr Kompetenzen für das Volk	9
2.4.2	Weniger Kompetenzen für die Elite	10
3	Anhang	10
3.1	Tabellarische Übersicht über die Kategorien	10
	Literaturverzeichnis	11

1 Definitiorischer Rahmen

1.1 Untersuchungsziel

Die Forschungsfrage der Untersuchung zielt darauf ab, welche Parteien geschlechtergerechte Sprache auf Facebook thematisieren und sich dabei populistischer Praktiken bedienen. Hinsichtlich der Hypothesen ist zunächst zu vermuten, dass aufgrund der günstigen Rahmenbedingungen auf Social Media populistische Parteien – als Grundlage der Bewertung wird die PopuList (Rooduijn et al. 2023) genutzt, nach der das auf die AfD sowie Die Linke als Grenzfall zutrifft – die Plattform Facebook besonders häufig nutzen, also erkennbar mehr Posts absetzen als die übrigen Parteien (H3.1). Darauf aufbauend wird vermutet, dass die Posts dieser Parteien zu geschlechtergerechter Sprache populistischer sind als bei anderen Parteien, da populistische Parteien auch zu populistischer Kommunikation neigen sollten (H3.2). Wie schon im Zuge der Hypothese H2.1 angesprochen, wird die AfD als Polarisierungsunternehmer angesehen, sodass zu erwarten ist, dass die AfD wie auch bei den Bundestagsanträgen am meisten geschlechtergerechte Sprache thematisiert (H3.3). Da es sich bei geschlechtergerechter Sprache um einen gesellschaftlichen Triggerpunkt handelt, ist anzunehmen, dass im Bundestagswahlkampf 2020/21 besonders viele Posts zu diesem Thema abgesetzt wurden, um davon zu profitieren (vgl. Mau et al. 2024: 388) (H3.4). Zuletzt wird vermutet, dass Posts, in denen der Schwerpunkt auf geschlechtergerechter Sprache liegt, populistischer formuliert sind als Posts, die geschlechtergerechte Sprache nur am Rand thematisieren (H3.5).

1.2 Definition wichtiger Begriffe

Der Untersuchungsbereich bezieht sich ausschließlich auf deutsche Parteien. Innerhalb dieses Pools wurden anhand einer Auswahl typischer Fälle lediglich die Parteien betrachtet, die während des Untersuchungszeitraums eine Gruppe oder eine Fraktion im Bundestag stellten oder Teil davon waren.¹ Übrig bleiben nach dieser Auswahl die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), die Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU) und ihre Schwesterpartei, die Christlich-Soziale Union in Bayern (CSU), Bündnis 90/Die Grünen (Grüne), die Freie Demokratische Partei

¹Damit ist der Südschleswigsche Wählerverband (SSW) beispielsweise nicht Teil der Analyse, obwohl die Partei als Partei nationaler Minderheiten 2021 in den Bundestag gewählt wurde. Ihr Abgeordneter Stefan Seidler ist fraktionslos. Gleiches gilt für die Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, Elitenförderung und basisdemokratische Initiative (Die PARTEI) und Marco Bülow, der 2018 als Mitglied des Bundestages (MdB) aus der SPD und der SPD-Fraktion austrat, um 2020 in die Partei Die PARTEI einzutreten (vgl. Starzmann 2020: o. S.).

(FDP), die Alternative für Deutschland (AfD), Die Linke (Linke), sowie das Bündnis Sahra Wagenknecht – Vernunft und Gerechtigkeit (BSW), die im Folgenden der Übersicht halber auch als „Bundestagsparteien“ bezeichnet werden.

Populismus wird in dieser Arbeit angelehnt an Cas Mudde als eine dünne Ideologie definiert, die im Wesentlichen aus den Aspekten Volksnähe, Elitenkritik und der Wiederherstellung der Volkssouveränität besteht (2004: 543).

Als geschlechtergerechte Sprache wird der Versuch verstanden, Geschlechtergerechtigkeit in der Sprache herzustellen, wobei ein wichtiger Bestandteil die Sichtbarmachung von in der Sprache nicht abgebildeten Geschlechtern ist (vgl. Rödder und Rödder 2022: 6). Es gibt zahlreiche Formen geschlechtergerechter Sprache, exemplarisch seien an dieser Stelle das Binnen-I (StudentInnen), die Beidnennung (Studentinnen und Studenten), die Substantivierung von Präsensteilnahmen (Studierende) sowie Zeichensetzungen innerhalb von Wörtern wie zum Beispiel der Gender-Gap (Student_innen), der Gender-Stern (Student*innen) oder auch der Doppelpunkt (Student:innen) sowie das generische Femininum (Studentinnen) genannt.²

1.3 Definition der Auswahleinheit

Eine Übersicht über die Eigenschaften der Auswahleinheit, das „Untersuchungsmaterial für die Medieninhaltsanalyse“ (Rössler 2017: 53), findet sich in Tabelle 1.

Tabelle 1: Auswahleinheit

Kategorie	Eigenschaften der Analyseeinheit
Zeitraum	24.10.2017 bis 19.06.2024
räumlicher Geltungsbereich	Parteien in Deutschland
Mediengattung	Social Media
Plattform	Facebook
Format	Text-Posts (Bilder/Videos wurden nicht codiert)
inhaltlich definierter Teile	geschlechtergerechte Sprache wird thematisiert; Posts von Bundestagsparteien

²Streng genommen ist das generische Maskulinum auch eine Form geschlechtergerechter Sprache, allerdings entlädt sich gerade an dieser Form die größte Kritik der feministischen Linguistik, sodass an dieser Stelle davon abgesehen wurde, es explizit zu nennen. Mehr dazu in der Arbeit.

1.4 Definition der Analyseeinheit(en)

Als Analyseeinheit werden „jene Elemente aus dem Untersuchungsmaterial [bezeichnet], für die im Rahmen der Codierung eine Klassifizierung vorgenommen wird“ (Rössler 2017: 75). Dabei ist zu beachten, dass der „Auflösungsgrad der Analyseeinheit [...] die Detailliertheit der Auswertungen (Analysetiefe) [bestimmt]“ (Rössler 2017: 76). Es sind alle Posts Teil der Analyseeinheit, die die Auswahlkriterien (siehe Tabelle 1) erfüllen. Das bedeutet, dass es sich um eine Vollerhebung handelt, da die Grundgesamtheit mit den untersuchten Posts übereinstimmt: Sämtliche Facebook-Text-Posts der Bundestagsparteien im Zeitraum des 24.10.2017 bis zum 19.06.2024, die geschlechtergerechte Sprache thematisieren.

1.5 Definition der Codiereinheiten

Als formale Codiereinheiten fungieren die Erstellungszeit, der Urheber beziehungsweise die Partei, die den Post veröffentlicht hat, die Wahlperiode sowie der Zeitraum. Alle formalen Kriterien werden automatisiert erfasst beziehungsweise weiterverarbeitet und nicht von Codierer*innen codiert. Inhaltliche Codiereinheiten sind die neun Populismus-Dimensionen, die weiter unten ausführlich beschrieben sind.

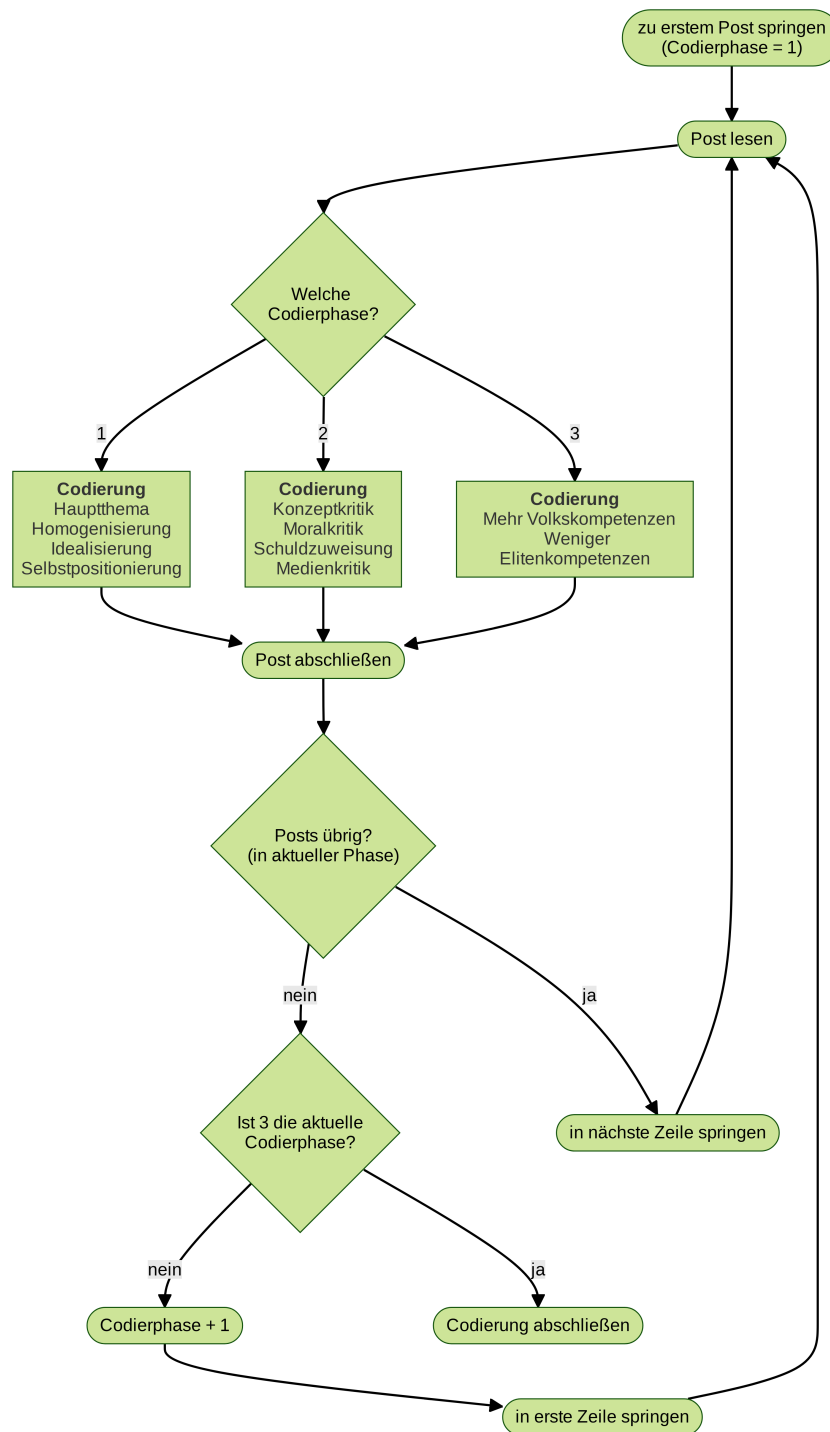
1.6 Definition der Kontexteinheit

Das Hilfskonstrukt der Kontexteinheit kommt in dieser Analyse nur bedingt zum Einsatz, da jeweils der gesamte Text eines Posts erfasst wird und als Grundlage für die Codierung dient. Allerdings wird als Kontexteinheit das Datum des Posts betrachtet, um Aprilscherz-Posts intentionsgemäß codieren zu können. Eine weitere Einsatzmöglichkeit wäre zwar, gegebenenfalls vorhandene Bild- und Videoanhänge der Posts als Kontexteinheit zu nutzen, allerdings wurden selbige aus forschungspragmatischen Gründen ausgeschlossen, sodass eine Betrachtung als Kontexteinheit eine ungleiche Betrachtung der Posts als Gesamtheit bedeuten würde, weswegen davon abgesehen wird.

1.7 Beschreibung der Vorgehensweise

Die Vorgehensweise wird in Abbildung 1 schematisch beschrieben. Runde Kästchen stehen für eine Handlung, Rechtecke für die Codierung und die um 45° gedrehten Quadrate für eine Entscheidung.

Abbildung 1: Visuelle Darstellung der Vorgehensweise. Eigene Abbildung.



1.8 Reliabilität

Die Reliabilität wird normalerweise entweder durch mehrere Codierer*innen oder durch eine mehrfache Codierung gewährleistet. Beides ist in dieser Analyse nicht der Fall, was kritisch zu betrachten ist. Zwar ist die Auswahlinheit nicht besonders groß (vgl. Rössler 2017: 174), allerdings stellte sich heraus, dass die Reliabilität im Codierprozess nur schwer von einem einzelnen Codierer sicherzustellen ist (vgl. dazu Rössler 2017: 175). Zwar erfolgte eine Art Pretestphase, die jedoch ebenso an den forschungsökonomischen Gegebenheiten dieser Arbeit krankt (vgl. Brosius et al. 2022: 176). Dementsprechend kann weder eine Inter- noch eine Intracoderreliabilität angegeben werden.

2 Kategoriensystem und Codieranweisungen

Das Kategoriensystem sollte im Allgemeinen genauso wie die einzelnen Kategorien vollständig und trennscharf sein sowie ausschließlich die relevanten Sachverhalte abdecken (vgl. Rössler 2017: 101-102). Die Entwicklung des Kategoriensystems erfolgte deduktiv, also theoriegeleitet (vgl. Brosius et al. 2022: 175) in Anlehnung an Spieß et al. (2020) und Ernst et al. (2017).

Populismus als Konstrukt kann, wie oben definiert, in drei Hauptkategorien (Volksnähe, Elitenkritik, Wiederherstellung der Volkssouveränität) unterteilt werden, die sich in insgesamt neun Unterkategorien ausdrücken. Die Kategorien Homogenisierung, Idealisierung und Selbstpositionierung stehen für Volksnähe, die Kategorien Konzeptkritik, Moralkritik, Schuldzuweisung und Medienkritik für Elitenkritik und die Kategorien mehr Volkskompetenzen und weniger Elitenkompetenzen für die Wiederherstellung der Volkssouveränität. Im Folgenden werden alle Unterkategorien ausführlich beschrieben.

Die formalen Kategorien wurden bis auf die Kategorie „Hauptthema“ automatisiert erfasst beziehungsweise automatisiert aus automatisiert erfassten Kategorien recodiert.

Es wird ausschließlich der Kontext der Äußerungen zu geschlechtergerechter Sprache beachtet, nicht der gesamte Post.

2.1 Hauptthema

Als Hauptthema ist ein Post dann zu erfassen, wenn geschlechtergerechte Sprache die zentrale Rolle im Text einnimmt. Das ist der Fall, wenn ein Post ausschließlich geschlechtergerechte Sprache thematisiert, aber auch wenn eine deutliche Mehrheit des Textes davon handelt. Auch Mittel der

Hervorhebung wie Überschriften (beispielsweise markiert durch Zeichenketten wie „+++“) sind bei der Bewertung miteinzubeziehen. Als Teil bloßer Aufzählungen von zwei oder mehr Themen ist der Post nicht als Hauptthema zu erfassen.

2.2 Volksnähe

Volkszentriertheit zeichnet sich durch die Vorstellung aus, „dass es ein durch einen gemeinsamen homogenen Willen gekennzeichnetes ‚Volk‘ gebe“ (Lewandowsky 2022: 18). Das „Volk“ entspricht dabei nicht dem Staatsvolk (vgl. Lewandowsky 2022: 18). Vielmehr ist es eine „imagined community“ (Mudde 2004: 546), die konstruiert ist und so nicht existiert (vgl. Mudde 2017: 31-32). Wichtig ist die strikte Abgrenzung zur „korrupten Elite“: Populist*innen sehen Volk und Elite als „schwarz“ und „weiß“ (vgl. Meyer 2006: 82 zit. n. Spieß et al. 2020: 225), wobei der Unterschied zwischen beiden normativ, nicht empirisch ist (vgl. Mudde 2004: 544).

2.2.1 Homogenisierung

Unter Homogenisierung wird die angebliche Homogenität des Volkes verstanden. Dies bezieht sich auf zwei Ebenen: einerseits auf die Identität des Volkes (vgl. Lewandowsky 2022: 18). Das Volk hat demnach dieselben Interessen und Präferenzen, wobei der Common Sense des Volkes den Special Interests der Eliten gegenübersteht (vgl. Mudde 2017: 33). Dies kann sich bei rechten und linken Akteuren unterscheiden: Erstere verstehen eine gemeinsame Kultur oder Ethnie unter dem Volk, zweitere eher marginalisierte Gruppen (vgl. Lewandowsky 2022: 19). Auf der anderen Seite bezieht sich Homogenität auch auf den politischen Willen des Volkes als Ganzes, den nur die Populist*innen wirklich repräsentierten (vgl. Lewandowsky 2022: 19-20). Zusammenfassend ist die Kategorie Homogenisierung zu codieren, wenn das Volk implizit oder explizit als eine homogene Masse dargestellt wird, die eine einheitliche Meinung beziehungsweise ein einheitliches Interesse hat.

Dies trifft zu, wenn beispielsweise vom „Volk“, der „Nation“, den „Deutschen“, den „Bürger*innen“ oder auch von einer „normalen“ oder der „Normalbevölkerung“ gesprochen wird. Wenn also davon gesprochen wird, dass „Gendersprache [...] die Menschen auf die Palme [bringt]“ (CSU 2024), handelt es sich um eine Homogenisierung, da von „den“ Menschen gesprochen wird. Wenn allerdings von einer „große[n] Mehrheit der Deutschen“ (CSU 2023) gesprochen wird, die Gendern ablehne, handelt es sich nicht um eine Homogenisierung, da ein Verhältnis (große Mehrheit) eine Relativierung und damit keine Generalisierung und keine Homogenisierung darstellt. Auch wenn von „unserer Sprache“ gesprochen wird, handelt es sich um eine Homogenisierung, da impliziert

wird, daraus leiteten sich bestimmte Interessen und Werte ab, die verschiedenen Perspektiven auf Sprache, die in der Bevölkerung ohne Frage existieren, nicht gerecht wird.

2.2.2 Idealisierung

Das Volk wird idealisiert dargestellt, indem ihm positive Attribute zugeschrieben werden. Die Konnotationen können zum Beispiel Aufrichtigkeit, Anstand, Fleiß oder auch der viel zitierte gesunde Menschenverstand sein (vgl. Lewandowsky 2022: 19; vgl. Spieß et al. 2020: 225). Weitere Beispiele wären, wenn von einem außerordentlichen Gemeinschaftssinn gesprochen wird oder positiv konnotierte Adjektive in Kombination mit Volk oder Synonymen im Sinne der Kategorie Homogenisierung verwendet werden wie in „die kleinen Leute“, „der einfache Bürger“, „das hart arbeitende Volk“, „die normale Bevölkerung“.

2.2.3 Selbstpositionierung

Die Kategorie wird codiert, wenn der Akteur sich als Fürsprecher des Volkes darstellt, sich also positiv gegenüber dem Volk positioniert, sodass der Eindruck aufkommt, er würde sich mit dem Volk identifizieren. Das ist auch der Fall, wenn der Akteur für „das Richtige“ eintritt, da das Volk der Populist*innen eine wertebasierte Zuteilung ist, die beispielsweise auch mit dem „gesunden Menschenverstand“ gleichzusetzen ist. Dementsprechend ist ein Eintreten für „das Richtige“ auch ein Eintreten für das Volk – selbst wenn dieses nicht explizit genannt wird. Hinzukommen kann das populistische Charakteristikum des dezidiert moralischen Anspruchs, „dass einzig die Populisten das wahre Volk vertreten“ (vgl. Müller 2016: 188). Die Selbstbezeichnung als patriotische Partei gilt damit als eine Selbstpositionierung.

2.3 Elitenkritik

Unter Elitenkritik, auch Anti-Establishment-Haltung, wird die Ablehnung der „Elite“ verstanden, die ebenso wie das Volk eine homogene Gruppe ist (vgl. Lewandowsky 2022: 20) und die Antithese des Volkes darstellt (vgl. Mudde 2017: 32). Im Fokus dieser Ablehnung steht die Behauptung, dass die Eliten, womit verschiedenste Formen (politisch, kulturell, intellektuell, wirtschaftlich,...) gemeint sein können (vgl. Mudde 2017: 33), nur ihren eigenen Interessen folgen und sich auf die Kosten des Volkes bereichern (vgl. Spieß et al. 2020: 225; vgl. Mudde 2004: 546). Die Elite ist „korrupt, inkompetent, abgehoben, entrückt vom Volk und seinen Nöten“ (Lewandowsky 2022: 21) und kreiert Probleme, die mit den Problemen der kleinen Leute nichts zu tun haben (vgl. Schmiege

et al. 2023: 438; vgl. Mudde 2017: 33). Die zentrale Abgrenzung zum Volk erfolgt über die Moral (vgl. Mudde 2017: 32), weitere Dimensionen wie Klasse oder Nation können durch die Ergänzung anderer Ideologien ebenso auftauchen (vgl. Mudde 2017: 32).

2.3.1 Konzeptkritik

Als Konzeptkritik wird das Anzweifeln oder Kritisieren von fachlichen Kompetenzen oder persönlicher Eigenschaften einzelner Akteur*innen, die der Elite zugeschrieben werden, verstanden. Dabei reicht auch ein Infragestellen zur Codierung aus. Wichtig ist, dass ein konkreter Akteur vorhanden sein muss. Dabei kann es sich um Universitäten, die Regierung oder um bestimmte Medien handeln. Auch ein einzelner Wissenschaftszweig ist noch als konkreter Akteur zu codieren. Eine rein inhaltliche Kritik zählt nicht als Konzeptkritik. Ein Beispiel wäre, wenn wissenschaftlichen Studien die Wissenschaftlichkeit abgesprochen wird.³ Genauso würde der Satz „Es ist fraglich, ob das betreffende Ministerium den nötigen Sachverstand zu Rate gezogen hat“ als Konzeptkritik aufgefasst werden.

2.3.2 Moralkritik

Moralkritik kann festgestellt werden, wenn der Elite vorgeworfen wird, eigene Interessen über das Gemeinwohl zu stellen. Dabei ist vor allem das moralisierende Element essenziell. Vorwürfe wie eine Ideologisierung sind ebenso als Moralkritik zu codieren, da sie den Vorwurf enthalten, einer Ideologie verfallen zu sein, statt den Interessen des Volkes zu dienen. Auch der Vorwurf, Gemeinwohlinteressen zu ignorieren, ist eine Moralkritik, da daraus – unter der Prämisse, dass jede*r Interessen verfolgt – logisch folgt, dass andere Interessen gewichtiger für die Elite sind als die Gemeinwohlinteressen.

Eine Moralkritik kann zum Beispiel der Ausspruch sein, Abgeordnete seien dem Volk verpflichtet – obwohl unsere Demokratie „nur das freie, nicht das imperative Mandat [kennt]“ (Müller 2016: 189). Ein weiteres Beispiel für diese Kategorie ist folgender Satz: „Abgeordneter XY sitzt eigentlich nur im Bundestag, um sich selbst zu bereichern.“ Oder auch: „Die Regierung dient mehr der eigenen Ideologie als der Bevölkerung“. Ausdrücke wie „Gender-Quatsch“, „Gendersprech“ (in Anlehnung an das Neusprech aus George Orwells 1984), „Gender-Irrsinn“, „Gender-Ideologie“, „Gender-Unfug“

³Selbstverständlich ist Kritik an wissenschaftlichen Studien per se kein Populismus und nicht Teil der Konzeptkritik. Allerdings bewegen wir uns mit dieser Analyse außerhalb des wissenschaftlichen Diskurses – sowohl in Bezug auf die untersuchten Akteure als auch hinsichtlich des Mediums. Insofern kann in diesem Beispiel die Kategorie der Konzeptkritik als vorhanden betrachtet werden.

oder auch „Gender-Wahn“ sind in der Regel immer als Moralkritik zu codieren. Nur in Ausnahmefällen, wenn der Akteur nicht seinen eigenen Standpunkt äußert, weil er beispielsweise zitiert, erfolgt keine Codierung.

2.3.3 Schuldzuweisung

Als Schuldzuweisung wird aufgefasst, was der Elite vorwirft, für bestehende Missstände verantwortlich zu sein. Darunter fällt auch das Verhindern von der Behebung von Missständen aufgrund falscher Politik, wodurch sich die Elite einer Mitverantwortung schuldig macht. Eingeschlossen ist also auch der Vorwurf, die Elite würde sich auf falsche Probleme fokussieren. Exemplarisch würde folgender Satz als Schuldzuweisung bewertet werden: „Statt sich mit den wirklichen Problemen dieses Landes zu beschäftigen, werden Geld und Ressourcen in unnützes Gender-Mainstreaming gesteckt.“

2.3.4 Medienkritik

Einer etwas anderen Logik folgt die Kategorie Medienkritik, die erfüllt ist, wenn Medien kritisiert werden, worunter auch Verlage wie der Duden gezählt werden. Ein Beispiel: „Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist keine richtige Presse, sondern Staatsfunk.“

2.4 Wiederherstellung der Volkssouveränität

Schließlich steht die Wiederherstellung der Volkssouveränität für die Forderung, die Macht in die Hände des Volkes (zurück) zu geben (vgl. Spieß et al. 2020: 225). Die Politik soll sich demnach vollständig durch den Volkswillen formen, wodurch konstitutionelle Elemente der liberalen Demokratie (unter anderem Gewaltenteilung, Schutz von Minderheiten) implizit oder explizit in Frage gestellt werden (vgl. Spieß et al. 2020: 225-226).

2.4.1 Mehr Kompetenzen für das Volk

Die Kategorie ist erfüllt, wenn der Akteur mehr Befugnisse oder Kompetenzen für das Volk fordert. Auch die Forderung, ein Akteur solle sich nach der Volksmeinung richten, ist zu codieren. Das kann beispielsweise die Forderung nach mehr direkter Demokratie, mehr Mitentscheidung oder mehr Partizipation sein.

2.4.2 Weniger Kompetenzen für die Elite

Die Kategorie ist erfüllt, wenn der Akteur der Elite ihre vorhandenen Befugnisse oder Kompetenzen abspricht, sie also reduzieren oder minimieren will. Darin inbegriffen sind Forderungen, die der Elite Dinge, die sie im Moment tun kann, absprechen will. Beispielsweise ist die Aussage „Wir sind gegen einen Genderzwang“ zu codieren, weil der Elite die (wenn auch potentielle) Macht genommen werden soll, einen (angeblichen) Genderzwang auszuüben. Auch Verbote für die Elite fallen darunter, also wenn dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk die Nutzung geschlechtergerechter Sprache verboten werden soll.

Der Satz „Für uns ist klar: Wer gendern mag, soll gendern, aber niemand darf dazu gezwungen werden.“ (CSU 2023) ist zu codieren, da „Genderzwang“ in einem ablehnenden Kontext gesetzt wird.

3 Anhang

3.1 Tabellarische Übersicht über die Kategorien

Tabelle 2: Kategorienschema

Konstrukt	Hauptkategorien	Unterkategorien	Merkmale
Populismus	Volksnähe	Homogenisierung	Darstellung als homogene Masse mit einheitlicher Meinung beziehungsweise einheitlichem Interesse
		Idealisierung	idealisierte Darstellung durch Zuschreibung positiver Attribute
		Selbstpositionierung	Akteur stellt sich dar, als identifiziere er sich mit dem Volk, als sei er Fürsprecher oder Teil des Volkes.
	Elitenkritik	Konzeptkritik	Kritik an fachlicher Kompetenz oder persönlichen Eigenschaften einzelner Akteure, die der Elite zugeschrieben werden

Konstrukt	Hauptkategorien	Unterkategorien	Merkmale
		Moralkritik	Vorwurf an Elite, eigene Interessen über das Gemeinwohl zu stellen
		Schuldzuweisung	Vorwurf an Elite, für Missstände verantwortlich zu sein
		Medienkritik	Medien werden Adressat der Kritik
	Wiederherstellung der Volkssouveränität	mehr Volkskompetenzen	Forderung nach mehr Befugnissen/Kompetenzen für das Volk
		weniger Elitenkompetenzen	Forderung nach weniger Befugnissen/Kompetenzen für die Elite

Literaturverzeichnis

- Brosius, Hans-Bernd, Alexander Haas, und Julian Unkel. 2022. *Methoden der empirischen Kommunikationsforschung. Eine Einführung*. 8. Aufl. Wiesbaden: Springer VS.
- CSU. 2023. Eine große Mehrheit der Deutschen lehnt gendern ab!... (Facebook-Post). <https://www.facebook.com/photo/?fbid=10160741389165688&set=a.10152972639060688>. Zugegriffen: 4. August 2024.
- CSU. 2024. Unser Bayerischer Wissenschaftsminister Markus Blume macht klar:... <https://www.facebook.com/photo/?fbid=970988131057195&set=a.821630802659596>. Zugegriffen: 4. August 2024.
- Ernst, Nicole, Sven Engesser, Florin Büchel, Sina Blassnig, und Frank Esser. 2017. *Extreme parties and populism: an analysis of Facebook and Twitter across six countries*. *Information, Communication & Society* 20: 13471364.
- Lewandowsky, Marcel. 2022. *Populismus. Eine Einführung*. Wiesbaden: Springer VS.
- Mau, Steffen, Thomas Lux, und Linus Westheuser. 2024. *Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft*. 7. Auflage. Berlin: Suhrkamp.
- Mudde, Cas. 2004. *The Populist Zeitgeist*. *Government and Opposition* 39: 541–563.
- Mudde, Cas. 2017. *Populism: An Ideational Approach*. Bd. 1, Hrsg. Cristóbal Rovira Kaltwasser, Paul Taggart, Paulina Ochoa Espejo und Pierre Ostiguy, 27–47. Oxford University Press.
- Müller, Jan-Werner. 2016. *Was ist Populismus?* *ZPTh - Zeitschrift für Politische Theorie* 7: 187–201.

- Rödder, Andreas, und Silvana Rödder. 2022. Sprache und Macht. *Aus Politik und Zeitgeschehen* 72: 6–7.
- Rooduijn, Matthijs et al. 2023. [The PopuList: A Database of Populist, Far-Left, and Far-Right Parties Using Expert-Informed Qualitative Comparative Classification \(EiQCC\)](#). *British Journal of Political Science* 54: 969–978.
- Rössler, Patrick. 2017. *Inhaltsanalyse*. 3. Aufl. Stuttgart: utb.
- Schmiege, Johannes, Ines Engelmann, und Simon Lübke. 2023. [Populistisch und verschwörungstheoretisch?](#) *Publizistik* 68: 433–457.
- Spieß, Elina, Dennis Frieß, und Anne Schulz. 2020. [Populismus auf Facebook](#). *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 30: 219–240.
- Starzmann, Paul. 2020. Satirepartei erreicht Bundestagsmandat. Ex-SPD-Mann Marco Bülow wechselt zu „Die Partei“. <https://www.tagesspiegel.de/politik/ex-spd-mann-marco-bulow-wechselt-zu-die-partei-4210594.html>. Zugegriffen: 2. August 2024.

D. R-Code

Der gesamte Code dieser Arbeit befindet sich in einem öffentlichen Github-Repository, das unter folgender Adresse zu erreichen ist: <https://github.com/apfelpfluecker/polges>

Alternativ kann auch der folgende QR-Code gescannt werden.



E. Eidesstattliche Erklärung

Hiermit erkläre ich an Eides statt, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig und ohne fremde Hilfe verfasst habe. Alle wörtlichen und sinngemäßen Übernahmen aus anderen Werken habe ich jeweils kenntlich gemacht. Diese Arbeit wurde an keiner anderen Stelle als Prüfungsleistung vorgelegt und auch noch nicht veröffentlicht.

Marburg, den 23.08.2024

A handwritten signature in blue ink, reading "Jakob Krüger". The signature is written in a cursive style with a large, looped 'J' and a long, sweeping 'K'.